

116

Wirtschaftsprognose

Economic Forecast

März 2021

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2022

## Wirtschaft zurück auf Wachstumskurs

Sperrfrist: Freitag, 26. März 2021, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES  
Vienna



116

Wirtschaftsprognose

Economic Forecast

März 2021

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2022

## Wirtschaft zurück auf Wachstumskurs

Benjamin Bitschi

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Zuzana Molnárová

Michael Reiter

Richard Sellner

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES  
Vienna

---

**AutorInnen**

Benjamin Bitschi, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Zuzana Molnárová, Michael Reiter, Richard Sellner, Klaus Weyerstraß

**Titel**

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2022

Wirtschaft zurück auf Wachstumskurs

Wirtschaftsprägnose / Economic Forecast 116

**Kontakt**

Michael Reiter

T +43 1 59991-154

E [mreiter@ihs.ac.at](mailto:mreiter@ihs.ac.at)

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at)

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E [glueck@paulglueck.com](mailto:glueck@paulglueck.com)

**2021 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

[www.ihs.ac.at](http://www.ihs.ac.at)

ZVR: 066207973

*Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.*

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung .....	7
2	Die internationale Konjunktur .....	16
2.1	Überblick.....	16
2.2	Länderprognosen .....	20
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	32
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur .....	34
5	Monetäre Prognose .....	45
6	Tabellenanhang .....	49



# Wirtschaft zurück auf Wachstumskurs

Die Fortschritte bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie stützen die Erholung der Weltwirtschaft. Mit dem globalen Wirtschaftsaufschwung und der Rücknahme der Eindämmungsmaßnahmen kehrt die österreichische Wirtschaft wohl auf einen soliden Wachstumskurs zurück. Nach einem Rückgang um 6,6 % im Vorjahr sollte das reale BIP in diesem Jahr um 2,6 % steigen. Für das Jahr 2022 wird ein Wirtschaftswachstum von 4,3 % erwartet. Mit der Belebung der Wirtschaft dürfte auch die Arbeitslosenquote, die im vergangenen Jahr kräftig auf 9,9 % gestiegen war, auf 9,3 % in diesem bzw. 8,5 % im nächsten Jahr zurückgehen. Aufgrund steigender Energiepreise wird die Inflationsrate laut Prognose auf 2,0 % klettern und im nächsten Jahr etwa auf diesem Niveau verharren. Strukturreformen zur Förderung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und eine ökologische Steuerreform sollten umgesetzt werden.

## 1 Einleitung und Zusammenfassung

Sowohl die aktuelle Wirtschaftslage als auch der Ausblick sind weiterhin von der Corona-Pandemie geprägt. Im Vorjahr ist die Wirtschaftsleistung in Österreich laut den Daten der VGR-Quartalsrechnung von Statistik Austria um historische 6,6 % geschrumpft. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind dabei um 9,6 % eingebrochen. Bei den Anlageinvestitionen fiel der Rückgang nur halb so stark aus (-4,9 %). Exporte (-10,4 %) und Importe (-10,2 %) waren stark rückläufig, wobei insbesondere der Reiseverkehr unter der Pandemie litt. Nach der kräftigen Erholung im Sommer brach die Wirtschaftsleistung aufgrund des neuerlichen Lockdowns im Schlussquartal wieder ein (-2,7 % gegenüber dem Vorquartal bzw. -5,9 % gegenüber dem Vorjahresquartal).

Das Infektionsgeschehen hat im laufenden Jahr die Beibehaltung strikter Eindämmungsmaßnahmen notwendig gemacht. Dabei war die Bremswirkung des Lockdowns merklich geringer als im Frühjahr des Vorjahrs. Laut dem BIP-Indikator der Österreichischen Nationalbank<sup>1</sup> lag die wöchentliche Wirtschaftsleistung im ersten Lockdown im Zeitraum Ende März bis Anfang Mai 2020 um 20 % bis 25 % unter dem Vorjahresniveau. Im Jänner 2021 betrug die BIP-Lücke gegenüber dem Vorjahr nur noch gut 10 %. Während im ersten Lockdown nahezu alle Wirtschaftszweige betroffen waren, konzentrierten sich die Nachfrageausfälle nunmehr auf unmittelbar von den Einschränkungen betroffene Bereiche (Handel, Tourismus, Veranstaltungswesen). Mit den Öffnungsschritten ist die BIP-Lücke bis auf knapp 4 % zurückgegangen, hat sich zuletzt aber wieder etwas vergrößert. Die privaten Konsumausgaben sowie die Tourismusexporte verursachten

---

<sup>1</sup> Siehe <https://www.oenb.at/Publikationen/corona.html>

den gesamten Rückgang. Im Gegensatz zu diesen kontakt-intensiven Bereichen entwickeln sich die Investitionen und die Güterexporte, getrieben von der Erholung der Weltwirtschaft, deutlich besser. Insgesamt dürfte die heimische Wirtschaft im ersten Quartal 2021 um 1,1 % gegenüber dem Vorquartal geschrumpft sein, nach 2,7 % im vierten Quartal 2020. Damit bleibt Österreich noch in einer technischen Rezession. Die weitere Aufhellung der internationalen Konjunktur und die erwarteten schrittweisen Lockerungen bei den noch bestehenden Eindämmungsmaßnahmen sollten dazu führen, dass die Wirtschaft im zweiten Quartal wieder wächst. Das Institut unterstellt dabei, dass im April kein weiterer harter Lockdown notwendig wird. Weiters wird davon ausgegangen, dass mit der Durchimpfung der breiten Massen die Gesundheitskrise ab Ende des Sommers überwunden wird. Folglich ist mit einem kräftigen Wachstum der heimischen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen. Für den Jahresdurchschnitt 2021 erwartet das Institut ein Wachstum von 2,6 %, das sich im Jahr 2022 auf 4,3 % beschleunigen sollte. Diese Prognose impliziert, dass die heimische Wirtschaft das Vorkrisenniveau erst im letzten Quartal des Jahres 2022 erreichen wird. Nachdem im Vorjahr die Wirtschaftsleistungen in Österreich und im gesamten Euroraum gleich stark geschrumpft sind, wird laut Prognose die Wirtschaft im Euroraum heuer etwas schneller (4,3 %), nächstes Jahr etwas langsamer (3,6 %) expandieren.

Die Corona-Pandemie und insbesondere die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben im vergangenen Jahr den stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit den 1930er Jahren verursacht. Die weltwirtschaftliche Aktivität schrumpfte in der ersten Jahreshälfte äußerst kräftig, allerdings legte die Weltwirtschaft im dritten Quartal wieder deutlich zu. Trotz steigender Infektionszahlen und verschärfter Eindämmungsmaßnahmen in vielen Ländern wuchs die Weltwirtschaft auch im Schlussquartal des Vorjahres. Unterstützend wirkten die äußerst umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, die zur Begrenzung der negativen Folgen der Corona-Pandemie ergriffen wurden. Die globale Industrieproduktion und der Welthandel haben sich bereits vollständig erholt und wurden von der zweiten Welle der Pandemie kaum betroffen. Das Ausmaß der Konjunkturerholung verläuft regional sehr unterschiedlich. Während die US-Wirtschaft im vierten Quartal um 1,0 % gegenüber dem Vorquartal zulegte, schrumpfte die Wirtschaft des Euroraums um 0,7 %. China erreichte als einzige große Volkswirtschaft sogar im Gesamtjahr ein positives Wirtschaftswachstum. Gestützt von der kräftigen Industriekonjunktur in China und dem durch das umfangreiche Konjunkturpaket getriebenen starken Wachstum in den USA dürfte auch die europäische Wirtschaft im heurigen Jahr wieder kräftig expandieren. Darauf deuten auch die verbesserten Stimmungsindikatoren hin. Voraussetzung ist allerdings, dass die Impfungen eine durchgreifende Lockerung der Restriktionen erlauben.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut folgendes internationales Konjunkturbild für die beiden Prognosejahre. Mit Wachstumsraten von 7,8 % und 5,3 % bleibt China der weltweite Wachstumsmotor. Getrieben von dem 1,9 Billionen-US-Dollar-Konjunkturpaket sollte die Wirtschaft in den USA im laufenden Jahr um 5,8 % bzw. im kommenden Jahr um 3,5 % zulegen. Nach einer Schrumpfung um 6,6 % im Vorjahr erwartet das Institut für den Euroraum 2021 ein Wachstum von 4,3 %, 2022 könnte das Wachstum 3,6 % betragen. Nach dem durch die Pandemie bedingten Einbruch im Vorjahr sollte die Weltwirtschaft mit Raten von 5,3 % bzw. 4,0 % wieder kräftig expandieren.

Im Vorjahr sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Österreich um knapp 10 % zurückgegangen. Kontaktbeschränkungen und Geschäftsschließungen haben zu diesem Einbruch geführt, zusätzlich dürfte die hohe Unsicherheit die Ausgabenbereitschaft der Haushalte gedämpft haben. Aufgrund der staatlichen Hilfsmaßnahmen blieb die Entwicklung der verfügbaren Einkommen relativ robust und die Sparquote stieg auf 14,5 %. Mit den Lockerungen und der Verbesserung der Gesundheitssituation sollte der private Konsum im Jahresverlauf zu einem Treiber des Wachstums werden. Teile der unfreiwillig gebildeten Ersparnisse werden dann wohl ausgegeben werden. Somit erwartet das Institut für das laufende Jahr einen Zuwachs der privaten Konsumausgaben um 4,5 %. Die positive Konsumdynamik dürfte sich im kommenden Jahr mit wieder 4,5 % fortsetzen. Die Sparquote wird in beiden Prognosejahren merklich fallen.

Vor dem Hintergrund des historischen Einbruchs der Wirtschaftsleistung haben sich die Anlageinvestitionen mit einem Rückgang um knapp 5 % im vergangenen Jahr vergleichsweise robust entwickelt. Getrieben vom Aufschwung in der internationalen Industriekonjunktur und gestützt von den Fördermaßnahmen der Regierung sollte die Investitionstätigkeit der Unternehmen wieder merklich steigen. Im Jahr 2021 dürften die Anlageinvestitionen um 2,7 % zulegen. Dabei werden die Ausrüstungen (3,4 %) etwas schneller als die Bauten (2,0 %) zulegen. Im kommenden Jahr sollte das Expansionstempo bei den Anlageinvestitionen auf knapp 5 % anziehen (Ausrüstungen 6,6 %, Bauten 3,0 %).

Der globale Warenhandel hat sich nach seinem Einbruch im Frühling 2020 vollständig erholt und lag gegen Jahresende bereits wieder auf dem Vorjahresniveau. Aufgrund der robusten globalen Industriekonjunktur erwartet das Institut in den beiden Prognosejahren eine Expansion der globalen Warenströme um 7,0 % bzw. 3,5 %. Die österreichische Exportindustrie dürfte von den günstigen internationalen Rahmenbedingungen profitieren. Nach einem Rückgang um knapp 7 % im Vorjahr sollten die heimischen Güterexporte in diesem Jahr um 7,8 % und im nächsten Jahr um 4,0 % zulegen. Aufgrund des Ausfalls der Wintersaison wird für die Reiseverkehrsexporte nach dem Einbruch im Vorjahr ein weiterer Rückgang um 13,0 % erwartet. Mit der Verbesserung der Gesundheitssituation sollten sich die Reiseverkehrsexporte wieder

beleben und nächstes Jahr kräftig zulegen, jedoch noch nicht das Vorkrisenniveau erreichen. Laut Prognose werden damit die Exporte laut VGR um 6,8 % bzw. 7,2 % zulegen. Mit der Belebung von Binnennachfrage und Exporttätigkeit wird auch die Importnachfrage kräftig steigen. Für den Prognosezeitraum werden Zuwächse von 8,4% bzw. 6,6 % erwartet.

Im Jahresdurchschnitt 2020 hat die Inflationsrate 1,4 % betragen. Im Prognosezeitraum dürfte sich der Preisauftrieb beschleunigen. Für den Jahresdurchschnitt 2021 erwartet das Institut einen Anstieg der Verbraucherpreise um 2,0 %. Maßgeblich für den Preisanstieg ist die Entwicklung der Energiepreise, teurer werden auch andere Rohstoffe. Von den Lohnstückkosten dürfte hingegen kein besonderer Preisdruck ausgehen. Für das Jahr 2022 wird eine Inflationsrate von 1,9 % erwartet. Damit sollte das Inflationsdifferenzial zum Euroraum rund einen halben Prozentpunkt betragen.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben deutliche Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Im Jahresdurchschnitt 2020 ist die Arbeitslosenquote auf knapp 10 % gestiegen. Einen noch kräftigeren Anstieg hat die Corona-Kurzarbeit verhindert. Mit der Belebung der wirtschaftlichen Aktivität dürfte die Beschäftigungsnachfrage anziehen und die Arbeitslosigkeit auch bei Auslaufen der Corona-Kurzarbeit wieder sinken. Für den Jahresdurchschnitt 2021 wird eine Arbeitslosenquote von 9,3 % erwartet. Im Jahr 2022 könnte die Arbeitslosenquote auf 8,5 % fallen, sie läge damit aber immer noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Die kräftige Ausweitung der Budgetmittel für aktive Arbeitsmarktpolitik sollte der Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegenwirken.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird von der Corona-Krise und ihren Folgen dominiert. Die äußerst umfangreichen fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen sind zwar notwendig, stellen aber eine enorme Belastung für das Budget dar. Bei der exakten Abschätzung der Höhe des Budgetdefizits besteht weiterhin beträchtliche Unsicherheit. Im vergangenen Jahr dürfte das gesamtstaatliche Defizit 10,4 % betragen haben. Aufgrund der besseren wirtschaftlichen Lage und geringeren staatlichen Stützungsmaßnahmen sollte die Defizitquote im heurigen Jahr auf 6,6 % zurückgehen. Für das kommende Jahr wird gegenwärtig von einem Defizit von 3,5 % des BIP ausgegangen. Mit dem Auslaufen der Krise sollte eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie entwickelt werden, um die Budgetpolitik wieder auf einen nachhaltigen Pfad zu bringen und Wachstumspotenziale zu heben. Im Rahmen einer solchen Strategie sind Strukturreformen und Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele notwendig.

Die Prognoserisiken sind weiterhin hoch. Das wichtigste Risiko bleibt die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Corona-Pandemie. Persistent hohe Infektionszahlen, etwa durch eine stockende Impfausrollung oder ein Überhandnehmen infektiöserer

Virusmutationen, würden den Erholungsprozess verzögern. Ein weiterhin hohes Niveau an Zwangs- und Vorsichtssparen könnte den Konsumerholungsprozess abschwächen. Weiters ist nach der Einstellung der Unterstützungsmaßnahmen eine verzögerte Konkurswelle nicht auszuschließen. Hysteresis-Effekte am Arbeitsmarkt würden den Erholungsprozess stärker als erwartet in die Länge ziehen. Allerdings bestehen auch Aufwärtsrisiken. So hat sich der Welthandel deutlich besser entwickelt als noch in der letzten Prognose erwartet und könnte künftig stärker anziehen als erwartet. Die in der Krise deutlich gestiegenen Ersparnisse der privaten Haushalte könnten im Prognosezeitraum in zusätzliche Konsumnachfrage umgesetzt werden.

Gegeben die aktuell steigenden Infektionszahlen, könnte die Wirtschaftsleistung in Österreich doch merklich langsamer zulegen als erwartet. Das Institut geht in dieser Prognose davon aus, dass mit den schrittweisen Lockerungen und den günstigen internationalen Rahmenbedingungen die Wirtschaft bereits im zweiten Quartal wieder merklich wächst. Verzögert sich die Belebung der Wirtschaft, etwa aufgrund eines neuerlichen harten Lockdowns im April, würde das Wirtschaftswachstum laut Einschätzung des Instituts 2,0 % statt 2,6 % betragen. Während ein stärkerer internationaler Konjunkturaufschwung gemeinsam mit einer sinkenden Sparquote ein Aufwärtsrisiko für die heimische Wirtschaft bildet, würde ein durch die Pandemie bedingtes Ausbleiben von Lockerungen im Tourismus die Wirtschaft spürbar belasten. Eine zügige und effektive Überführung der „Next Generation EU“-Mittel in konkrete Projekte zählt zu den aufwärts gerichteten Risiken.

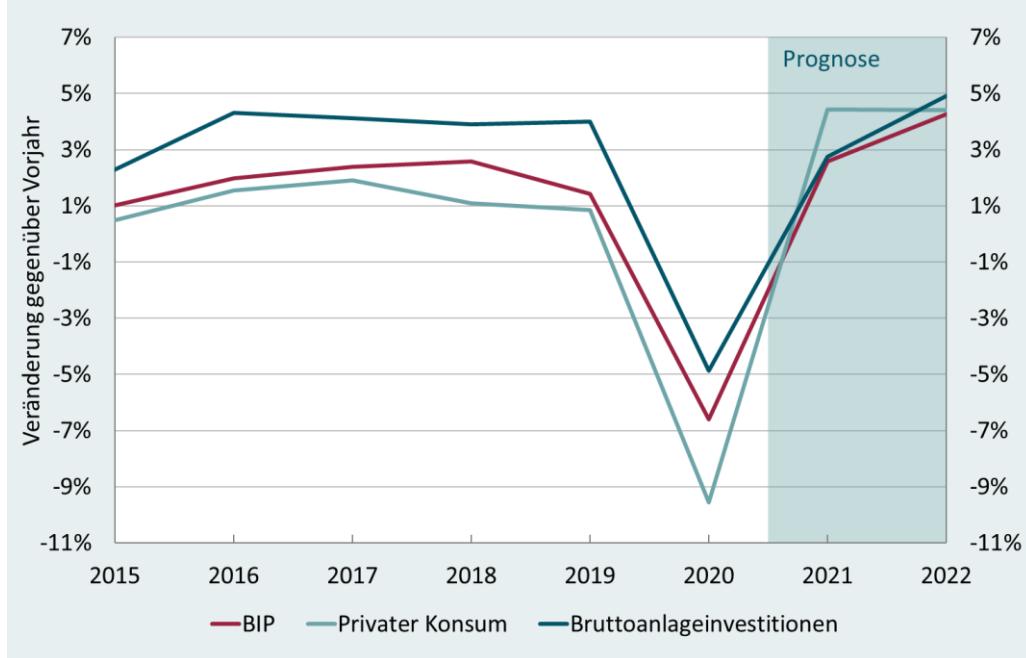
**Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse**  
**Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent**

	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt, real	-6,6	2,6	4,3
Privater Konsum, real	-9,6	4,4	4,4
Bruttoinvestitionen, real	-5,9	2,7	5,4
Bruttoanlageninvestitionen, real	-4,9	2,7	4,9
Ausrüstungsinvestitionen, real	-6,2	3,4	6,6
Bauinvestitionen, real	-3,3	2,0	3,0
Inlandsnachfrage, real	-6,4	3,3	3,8
Exporte i. w. S., real	-10,4	6,8	7,2
Waren, real (laut VGR)	-6,9	7,8	4,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-39,5	-13,0	75,0
Importe i. w. S., real	-10,2	8,4	6,6
Waren, real (laut VGR)	-7,4	8,5	4,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-69,6	25,0	140,0
Unselbstständig Aktiv-Beschäftigte	-2,0	1,3	1,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>i</sup>	9,9	9,3	8,5
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>i</sup>	5,4	5,3	5,0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	0,3	1,0	1,5
Preisindex des BIP	1,1	1,5	1,7
Verbraucherpreisindex	1,4	2,0	1,9
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP <sup>i</sup>	-10,4	-6,6	-3,5
3-Monats-Euribor <sup>i</sup>	-0,4	-0,5	-0,5
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen <sup>i</sup>	-0,3	-0,1	0,0

<sup>i</sup>absolute Werte

Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real**



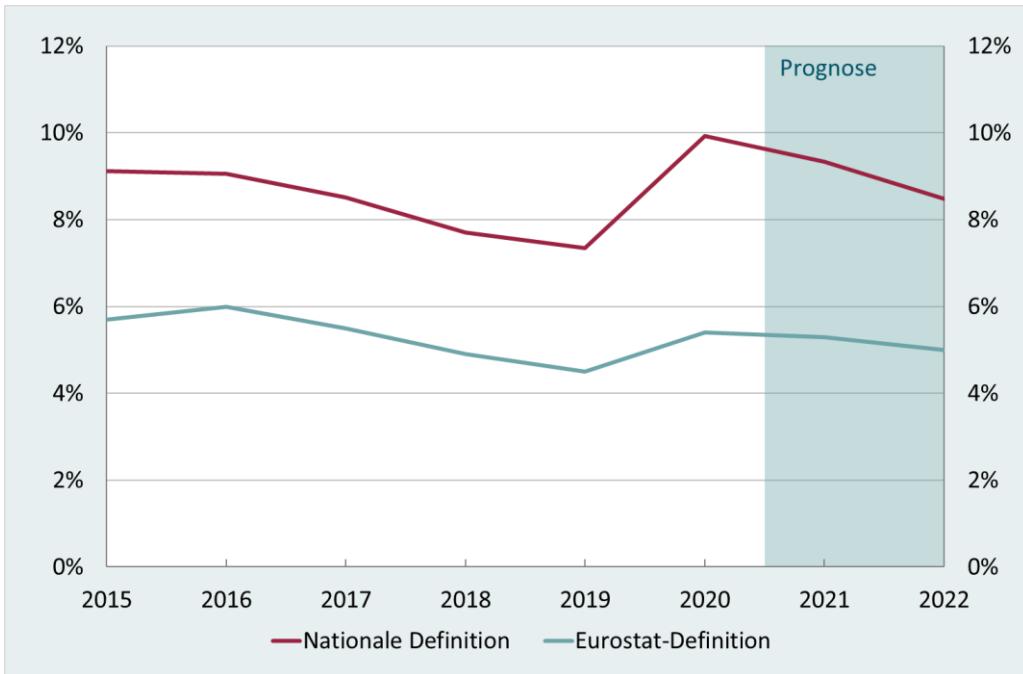
Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung**



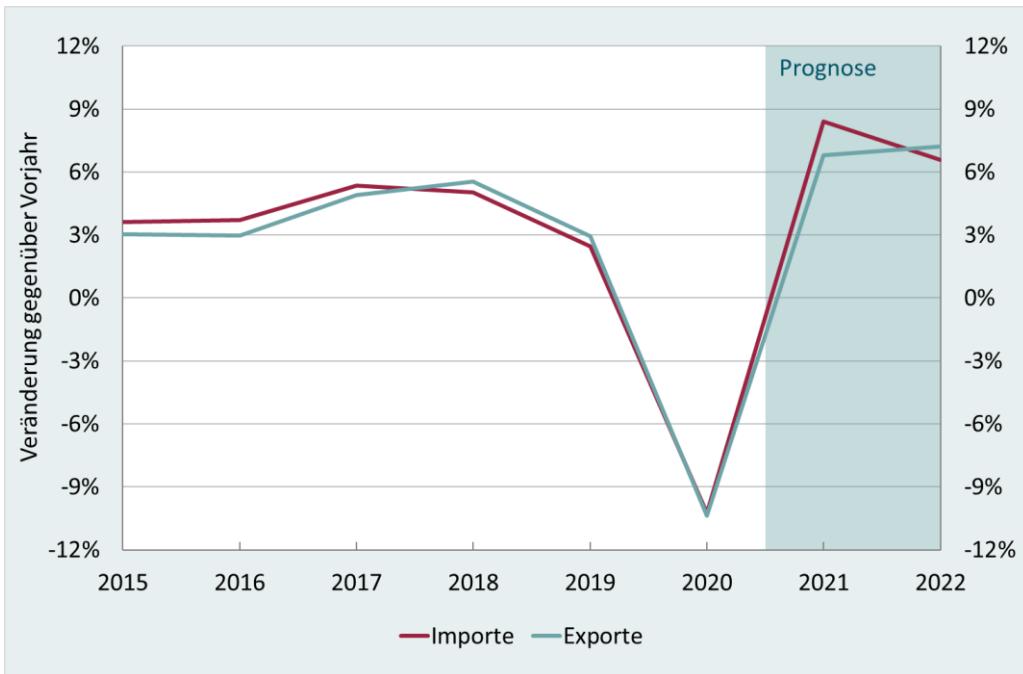
Quellen: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 3: Arbeitslosenquote**



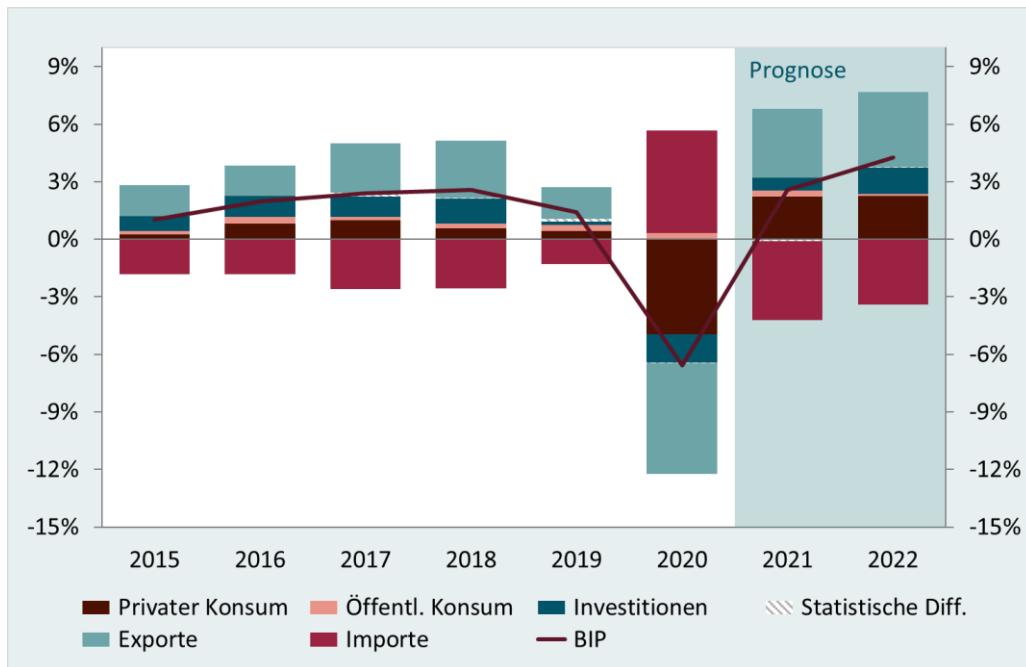
Quellen: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)**



Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

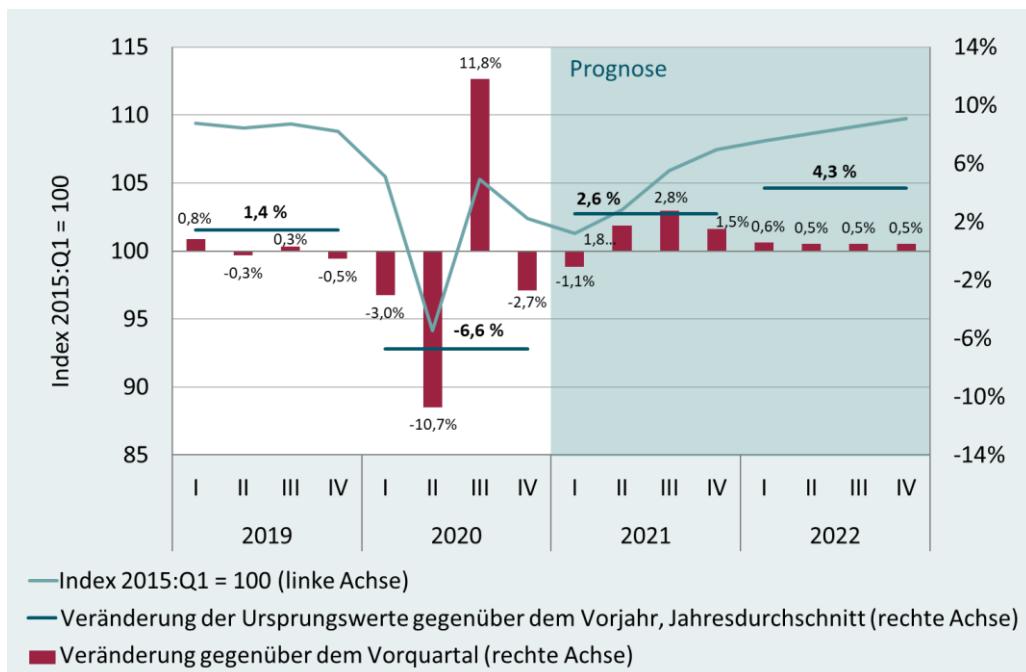
**Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten**



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt**

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quellen: Statistik Austria, ab 1. Quartal 2021 Prognose des IHS

## 2 Die internationale Konjunktur

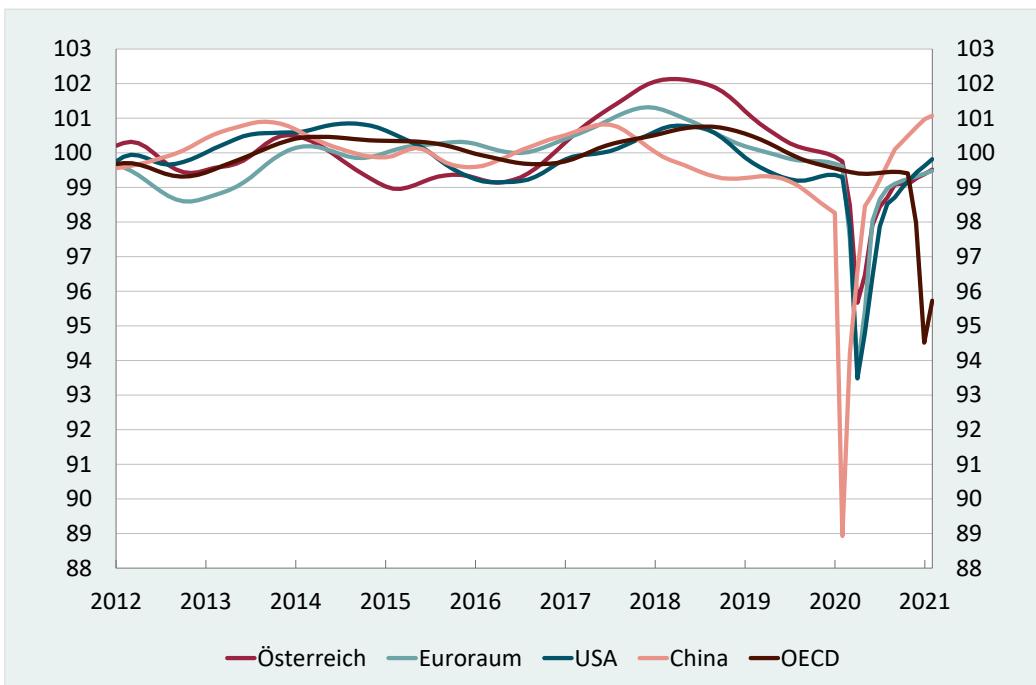
### 2.1 Überblick

Der konjunkturelle Ausblick für die **Weltwirtschaft** ist durch eine regional differenzierte Erholung von der Corona-Pandemie geprägt. Im Herbst kam es erneut zu einem starken Anstieg der Infektionszahlen, insbesondere in den Ländern der Europäischen Union und in den USA. In vielen Ländern reagierte man darauf mit einer Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen, was die wirtschaftlichen Aktivitäten einbremste. Die Rückgänge waren aber deutlich geringer als zu Beginn der Pandemie. Im Dezember begannen zahlreiche Länder, überwiegend fortgeschrittene Volkswirtschaften, mit einer großflächigen Impfausrollung. In den darauffolgenden Monaten zeigte sich eine starke Divergenz in den Durchimpfungsquoten. Israel, die USA und das Vereinigte Königreich konnten rasch große Anteile der Bevölkerung immunisieren, während die Ausrollung in den Ländern der Europäischen Union aufgrund von Lieferengpässen bei den Impfstoffen ins Stocken geriet. Die Hoffnungen auf ein baldiges Ende der Pandemie nehmen mit jedem zugelassenen Impfstoff zu, jedoch geben neue Virusmutationen auch Anlass zur Sorge. Ausmaß und Geschwindigkeit des Erholungsprozesses werden insbesondere vom Impffortschritt, aber auch von den Wirtschaftsstrukturen der einzelnen Länder abhängen. So dürften fortgeschrittene Volkswirtschaften aufgrund der besseren Verfügbarkeit von Impfstoffen im Schnitt schneller aus der pandemischen Krise herauswachsen. Auch in China, wo die Ausbreitung der Seuche mit harten Maßnahmen schnell unter Kontrolle gebracht werden konnte, läuft der Konjunkturmotor bereits wieder auf Hochtouren. Herausfordernd dürfte sich hingegen die wirtschaftliche Aufholjagd in den Schwellenländern gestalten, vor allem in tourismusintensiven Ländern.

Ungeachtet der steigenden Infektionszahlen entwickelte sich die Industriekonjunktur im vierten Quartal des vergangenen Jahres kräftig. Die Produktion stieg um 3,5 % und der Welthandel mit Gütern um 4,0 % gegenüber dem Vorquartal. Durch die hohe Nachfrage Chinas und Lieferausfälle (Brasilien, Peru) zogen die Rohstoffpreise, besonders für Rohöl und diverse Metalle, kräftig an. Chinas starke Fokussierung auf Elektromobilität führte auch zu steigenden Preisen für Kobalt, Lithium und andere seltene Erden wie Neodym und Praseodym. Die Exporte Chinas, vor allem von medizinischen Gütern und Home-Office-Ausstattung wie Laptops und Bildschirmen, nahmen im zweiten Halbjahr 2020 Fahrt auf. Die starke Erholung Chinas trug auch zu Lieferengpässen bei Halbleitern und einer Knappheit bei Containern im maritimen Verkehr bei. In Summe ist die globale Industrieproduktion im Vorjahr um 4,2 % geschrumpft und der Warenhandel um 5,3 % zurückgegangen. Unter den großen Wirtschaftsräumen wies einzige China einen Zuwachs auf.

Das globale Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im vergangenen Jahr um 3,4 %. Der unterjährige Verlauf gestaltete sich regional differenziert. Im ersten Quartal brach die Wirtschaft in China um 6,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal ein, während alle anderen großen Volkswirtschaften noch vergleichsweise geringe Rückgänge oder sogar Zuwächse aufwiesen. In diesen Ländern folgte auf einen massiven Einbruch im zweiten eine starke Erholung im dritten Quartal. Die Wirtschaftsleistung in China (6,5 %) und der Türkei (5,9 %) lag im vierten Quartal bereits wieder deutlich über dem Vorjahresniveau. In Indien, Australien, Japan, Brasilien und Südkorea erreichte die Produktion in etwa ihr Vorkrisenniveau. Das Bruttoinlandsprodukt der USA, Kanadas und Indonesiens unterschritt den Wert des Vorjahrs um 2 % bis 3 %. Deutlich schwächer erholte sich die Wirtschaftsleistung der EU (-4,6 %), Mexikos (-4,3 %) und des Vereinigten Königreichs (-7,8 %).

**Abbildung 7: OECD-Frühindikator**



Quellen: OECD, Refinitiv Datastream

In den ersten Monaten des laufenden Jahres konnte die Anzahl an neuinfizierten Personen vor allem in den USA stark gedrosselt werden. In den bevölkerungsreichsten Ländern der EU-27 zeigen sich differenzierte Inzidenztrends. Während die Infektionszahlen tendenziell geringer als mit Jahresende ausfallen, verharren sie weiterhin auf hohen Niveaus und stiegen zuletzt auch wieder an. Die für Jänner und Februar vorliegenden Stimmungs- und Konjunkturvorlaufindikatoren (*Markit Purchasing Managers Index*) deuten für die Weltwirtschaft auf eine Erholung hin, zeigen aber regionale und sektorale Unterschiede auf. Insgesamt dürfte das BIP in den USA und in

Indien deutlich wachsen. Die chinesische Wirtschaft folgt bereits wieder ihrem Wachstumspfad von vor der Krise, die Indikatoren für Japan, Brasilien und den Euroraum signalisieren Stagnation. Während die Industrieproduktion in allen großen Wirtschaftsräumen weiter expandieren dürfte, zeigen sich die Einkaufsmanager bei den Dienstleistungen nur in den USA, China und Indien zuversichtlich.

Die weltweite Fiskal- und Geldpolitik bleibt weiterhin expansiv, vor allem aufgrund des zuletzt vom US-Kongress verabschiedeten Unterstützungspakets (*American Rescue Plan*) im Ausmaß von 1,9 Billionen US-Dollar (etwa 8,5 % des BIP). Das Paket umfasst unter anderem Direktzahlungen an Haushalte, eine Ausweitung des Arbeitslosenanspruchs, einen Zuschlag zur Arbeitslosenunterstützung sowie Hilfszahlungen an KMU, Gastronomie, Hotellerie und den Kulturbereich. Die OECD rechnet damit, dass diese Maßnahmen die US-Produktion um 3 % bis 4 % des BIP im ersten vollen Jahr (beginnend mit dem zweiten Quartal 2021) stimulieren, wobei über Handelsverflechtungen auch Kanada, Mexiko, der Euroraum und China profitieren dürften. Weiters hat der Europäische Rat Anfang Februar die Verordnung zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität im Ausmaß von 672,5 Mrd. Euro angenommen. Die Mitgliedstaaten können bis Ende April ihre nationalen Investitions- und Reformvorhaben für den Zeitraum 2021 bis 2026 bei der EU-Kommission vorlegen. Die Kommission kann sodann innerhalb von zwei Monaten den Anträgen zustimmen, woraufhin der Rat der Europäischen Union die Pläne mit qualifizierter Mehrheit binnen vier Wochen absegnen kann. Mit ersten Auszahlungen der Mittel ist daher frühestens im Juni des laufenden Jahres zu rechnen. Damit dürften merkbare konjunkturelle Impulse dieses Programms graduell mit Ende 2021 bzw. Frühjahr 2022 einsetzen.

**Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent**

	2020	2021	2022
BIP-Wachstum	-6,6	4,3	3,6
Arbeitslosenquote	7,9	8,1	7,5
Inflation HVPI	0,3	1,5	1,5

Quellen: Eurostat, ab 2021 Prognose des IHS

Der wirtschaftliche Erholungsprozess im **Euroraum** wurde im vierten Quartal aufgrund einer erneuten Infektionswelle und der damit einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen eingebremst. Die Wirtschaftsleistung des Euroraums schrumpfte um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal und lag damit um 4,4 % unterhalb des Vorjahresniveaus. Auf Länderebene verlief der Erholungsprozess aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und Betroffenheit durch die Pandemie differenziert. So lag die Produktion der nördlichen Mitglieder und Luxemburgs Ende des Jahres ungefähr auf ihrem

Vorkrisenniveau. Auch Slowenien, die Slowakei, Deutschland und die Niederlande erholten sich vergleichsweise stark. In Frankreich, Italien und Spanien verlief der Erholungsprozess am schwächsten, wobei der Wirtschaftseinbruch in Spanien mit 9,1 % gegenüber dem Vorjahresquartal hervorsticht. Das Wirtschaftswachstum des Euroraums dürfte nach –6,6 % im Jahr 2020 im laufenden Jahr 4,3 % und im kommenden Jahr 3,6 % betragen.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Euroraumländer stieg von 7,4 % im Jänner auf 8,5 % im August und fiel dann auf 8,1 % im Dezember. Die Beschäftigung schrumpfte im vierten Quartal um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr. Der vergleichsweise geringe Anstieg der Arbeitslosigkeit in Folge der Pandemie ist auf die umfangreichen Kurzarbeitsprogramme und sonstige Stützungsmaßnahmen der Länder zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote im Euroraum dürfte im laufenden Jahr durchschnittlich 8,1 % betragen und im kommenden auf 7,5 % fallen.

Die Inflationsrate im Euroraum lag im Vorjahr bei 0,3 %. Während zu Beginn des Jahres 2020 noch ein moderater Preisauftrieb bestand, lagen die monatlichen Inflationsraten ab August etwas unter null. Getrieben wurden diese Entwicklungen unter anderem durch den Ölpreisverfall, sinkende Preise nichtenergetischer Industriegüter sowie einen deutlich geringeren Preisanstieg bei Dienstleistungen. Zu Beginn des laufenden Jahres konnte vor allem in Deutschland ein starker Anstieg in der Inflationsrate relativ zum Dezember letzten Jahres beobachtet werden. Dieser Anstieg ist zum Teil auf ein Auslaufen der Mehrwertsteuersenkung, die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe und auf Gewichtsanpassungen im Warenkorb zurückzuführen. Die Erholung des Rohölpreises Ende 2020 wird im laufenden Jahr zu einer höheren Inflationsrate beitragen. In den Jahren 2021 und 2022 wird eine Inflationsrate von 1,5 % erwartet.

Die vorliegende Prognose basiert auf der Annahme eines Rohölpreises der Sorte Brent von 65,0 US-Dollar pro Barrel und einem USD/EUR-Wechselkurs von 1,20 in den Jahren 2021 und 2022. Die Produktion der EU-27 wird dieses Jahr um 4,2 % und nächstes Jahr um 3,7 % wachsen. Für die Länder der OECD wird ein Zuwachs um 4,6 % im laufenden Jahr und um 3,5 % im Jahr 2022 erwartet. Insgesamt wird mit einem Wachstum der globalen Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr um 5,3 % sowie einer Zunahme im kommenden Jahr um 4,0 % gerechnet. Für den Welthandel rechnet das Institut mit einem Wachstum um 7,0 % im laufenden und um 3,5 % im kommenden Jahr.

Die aktuellen Prognosen unterliegen erheblichen Unsicherheiten, insbesondere betreffend die Entwicklung der Pandemie und den Impffortschritt. Ein ungünstigerer pandemischer Verlauf stellt das relevanteste abwärts gerichtete Risiko dar. Persistent hohe Infektionszahlen, etwa durch eine schleppende Impfausrollung oder ein Überhandnehmen infektiöserer Virusmutationen, könnten den Erholungsprozess verzögern. Ein

hohes Niveau an Zwangs- und Angstsparen würde den Konsumerholungsprozess abschwächen.

Für den aktuellen Ausblick wird unterstellt, dass fiskal- und geldpolitische Hilfsmaßnahmen so lange in Kraft bleiben, wie die Geschäftstätigkeit der betroffenen Wirtschaftszweige stark eingeschränkt ist. Eine vorzeitige Einstellung der Unterstützungszahlungen könnte zu vermehrten Unternehmens- und Privatinsolvenzen führen. Gleichzeitig könnten aber zu lange anhaltende Unterstützungsmaßnahmen auch den Erneuerungsprozess der Wirtschaft hemmen. Die Pandemie könnte über eine anhaltend geringere Wertschöpfung und Beschäftigung in den betroffenen Sektoren, steigende Langzeitarbeitslosigkeit, negative Humankapitalakkumulationseffekte und eine höhere Ungleichheit dauerhafte Spuren hinterlassen.

Auch könnten zu ambitionierte Unterstützungsmaßnahmen, wie etwa der *American Rescue Plan* der USA, die Wirtschaft überhitzen, Inflationsängste schüren und zu einer restriktiveren US-Geldpolitik führen. In der Folge könnte es, wie auch 2013 während des *Taper Tantrum*, zu einer Kapitalflucht aus exponierten Schwellenländern kommen.

Da die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich mit Jahresende ausverhandelt wurden, geht von der Ausgestaltung des Brexits kein abwärts gerichtetes Risiko mehr aus. Durch die vereinbarten Handelsmodalitäten dürften die negativen wirtschaftlichen Effekte des Austritts für beide Seiten vergleichsweise gering ausfallen.

Ein positiverer konjunktureller Ausblick ergäbe sich, wenn die Produktion und Verteilung der Impfstoffe schneller als erwartet voranschreiten würde. In der Folge würden frühere und stärkere Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen den Erholungsprozess beschleunigen. Die durch die Krise aufgebauten Ersparnisse könnten schneller bzw. stärker als erwartet zu einem günstigeren Konsumverlauf führen. Die nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen könnten auch das Investitionswachstum stärken. Weitere zielgerichtete fiskalpolitische Maßnahmen bzw. eine schnellere oder effektivere Überführung der „Next Generation EU“-Mittel in konkrete Projekte zählen ebenfalls zu den aufwärts gerichteten Risiken. In den letzten Monaten hat die Inflation angezogen. Das Risiko eines starken und persistenten Preisauftriebs wird vom Institut, insbesondere für den Euroraum, aber als sehr gering eingestuft.

## 2.2 Länderprognosen

Im vierten Quartal des vergangenen Jahres verzeichneten die **USA** einen massiven Anstieg der Infektionszahlen. Ungeachtet dessen wuchs die Produktion um 1,0 % gegenüber dem Vorquartal. Damit erholte sich die Wirtschaftsleistung etwas kräftiger

als erwartet und schrumpfte im Jahr 2020 um vergleichsweise geringe 3,5 %. Die Arbeitslosenquote stieg von 3,7 % auf 8,1 % an, die Beschäftigung schrumpfte um 5,7 % und die Inflationsrate fiel von 1,8 % auf 1,2 %.

In den ersten Monaten des laufenden Jahres entwickelten sich die Neuinfektionen stark rückläufig und die Impfausrollung nahm deutlich Fahrt auf. So wurden bis Mitte März bereits mehr als 100 Mio. Dosen verabreicht. Die US-Regierung wird wohl bereits bis Mai genügend Impfdosen für die gesamte erwachsene US-Bevölkerung bereitstellen können. Auch die Wirtschaft entwickelte sich zu Beginn des laufenden Jahres gut. Nach einem Abbau von 300.000 Arbeitsplätzen im Dezember fanden im Jänner und Februar in Summe etwa 550.000 Personen eine Beschäftigung. Ebenso deuten Konjunkturvorlaufindikatoren auf eine stabile Erholung der Industrieproduktion und im Dienstleistungsbereich hin. Lediglich das KonsumentInnenvertrauen bleibt noch hinter diesen Entwicklungen zurück.

Im März wurde mit dem *American Rescue Plan* ein weiteres Unterstützungspaket im Ausmaß von 1,9 Billionen US-Dollar (etwa 8,5 % des BIP) vom US-Kongress verabschiedet. Das Paket umfasst unter anderem Direktzahlungen an Haushalte von 1.400 Dollar, eine Kinderbeihilfe von über 3.000 Dollar pro Kind, eine Ausweitung des Arbeitslosengeldanspruchs, einen Zuschlag zur Arbeitslosenunterstützung, zusätzliche Mittel für Schulen, aufgestockte Dotierungen für das Gesundheitssystem und die Ausweitung der *Test-and-Tracing*-Kapazitäten sowie Hilfszahlungen an KMU, Gastronomie, Hotellerie und den Kulturbereich. Die OECD rechnet damit, dass dieses Paket die US-Produktion um 3 % bis 4 % des BIP im ersten vollen Jahr (zweites Quartal 2021 bis erstes Quartal 2022) stimulieren könnte. Aufgrund der aktuell kräftigen Entwicklung und des massiven Stimulierungspakets wird die Prognose für das Wirtschaftswachstum im laufenden und kommenden Jahr nach oben revidiert. Das Institut prognostiziert für das laufende Jahr ein Wachstum um 5,8 % und für das kommende Jahr eine Zunahme um 3,5 %.

In **Japan** ist die Wirtschaft im Jahr 2020 um 4,8 % geschrumpft. Im vierten Quartal setzte sich die wirtschaftliche Erholung des Vorquartals fort. Das BIP erhöhte sich um 2,8 % im Vergleich zum Vorquartal und sank um 1,4 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Starke positive Impulse kamen sowohl vom privaten als auch vom öffentlichen Konsum sowie von den Nettoexporten. Dabei nahmen insbesondere die Exporte von Investitions- und IKT-Gütern nach China und in andere asiatische Länder kräftig zu, während die Fahrzeugexporte sowie insgesamt die Exporte nach Europa sanken. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Jänner auf 2,9 %. Nach einem Rückgang auf –0,6 % im Jänner dürfte die Teuerungsrate im Laufe des Jahres wieder anziehen. Die Industrieproduktion erholte sich im Jänner und Februar und verzeichnete infolge steigender Inlands- und Auslandsaufträge eine deutliche Zunahme gegenüber den vergangenen Monaten.

Nach neuerlich verschärften Eindämmungsmaßnahmen im Zuge steigender Corona-Neuinfektionen ist für das erste Quartal dieses Jahres eine negative BIP-Entwicklung zu erwarten. Ab dem zweiten Quartal ist mit einer Rückkehr zu einer positiven Dynamik des BIP zu rechnen. Allerdings dürfte das Erholungstempo aufgrund weiter bestehender Unsicherheiten hinsichtlich des Pandemieverlaufs sowie des Rückgangs der verfügbaren Haushaltseinkommen moderat bleiben. Das BIP dürfte im Jahr 2021 um 2,8 % zulegen. Die Wachstumstreiber sind dabei die öffentlichen und privaten Investitionen, die Auslandsnachfrage und die Industrieproduktion. Die äußerst niedrigen Zinsen und die geringe Arbeitslosigkeit dürften die Wirtschaft stützen. Im Jahr 2022 dürfte der private Konsum, getrieben von Dienstleistungen, zunehmen und die Wirtschaftsleistung voraussichtlich um 2,0 % steigen.

In der **Volksrepublik China** expandierte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 um 2,3 %. Getrieben von einer groß angelegten staatlichen Unterstützung erholte sich die Wirtschaft schnell vom Corona-Schock und das Wachstum beschleunigte sich in der zweiten Jahreshälfte. Im vierten Quartal erhöhte sich das BIP-Wachstum auf 6,5 % im Jahresabstand und auf 2,6 % gegenüber dem Vorquartal. Die starke Dynamik ist nicht zuletzt auf die Zunahme der Nachfrage nach medizinischer Versorgung und Kommunikationsausrüstung zurückzuführen, die zu einem starken Anstieg der Exporte führte. Die Industrieproduktion, insbesondere jene der großen Staatsunternehmen und der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, nahm in den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres stark zu. Der Produktionsanstieg der KMU blieb hingegen schwach. Die Exporte nahmen im Zeitraum Jänner bis Februar 2021 aufgrund des Basiseffekts und der anhaltenden hohen Nachfrage nach pandemiebezogenen Gütern gegenüber dem Vorjahr stark zu. Aufgrund des Auslaufens des Basiseffekts dürfte sich das Exportwachstum im Laufe dieses Jahres abschwächen, während sich die Dynamik der Importe infolge des steigenden privaten Konsums beschleunigen dürfte. Der Inlandskonsum erholte sich infolge von Reisebeschränkungen langsamer. Der offizielle Einkaufsmanagerindex für Dienstleistungen lag im Februar bei 50,8 Punkten und verschlechterte sich damit gegenüber Dezember deutlich. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Februar infolge steigender Energiepreise und einer stärkeren Inlandsnachfrage auf 1,6 %.

In der Prognoseperiode dürfte die chinesische Wirtschaft ihre Erholung fortsetzen. Dabei setzt die Regierung auf eine Verbesserung der Innovationsfähigkeit des Landes und eine Ausweitung der Inlandsnachfrage, um die Abhängigkeit von ausländischen Märkten zu verringern. Die weiterhin expansive Geldpolitik und der private Konsum dürften die Wirtschaft stützen. Laut IWF ist das öffentliche Defizit im vergangenen Jahr auf über 18 % des BIP und die öffentliche Verschuldung auf 92 % des BIP gestiegen. Somit bleibt der Abbau der hohen Schulden eine Herausforderung für die kommenden Jahre. Alles in

allem dürfte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 um 7,8 % und im Jahr 2022 um 5,3 % zunehmen.

In **Deutschland** ist die Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 um 4,9 % gesunken. Verglichen mit den anderen großen europäischen Volkswirtschaften oder dem Durchschnitt des Euroraums fiel der Rückgang geringer aus. Dazu dürften die Wirtschaftsstruktur und die umfangreichen staatlichen Stützungsmaßnahmen beigetragen haben. Im vierten Quartal ist aufgrund des Anfang November wieder verschärften Lockdowns die Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich gesunken. In der Industrie und in der Bauwirtschaft konnte sie dagegen deutlich zulegen, sodass das Bruttoinlandsprodukt insgesamt leicht stieg. Aufgrund der Schließung von Geschäften und der Zurückhaltung der VerbraucherInnen sank der private Konsum deutlich. Ein noch stärkerer Einbruch wurde wohl durch Vorziehkaufe vor dem Auslaufen der befristeten Mehrwertsteuersenkung zum Jahresende verhindert. Im ersten Quartal 2021 dürfte das Bruttoinlandsprodukt recht deutlich gesunken sein. Die vorgezogenen Käufe fehlten nun beim privaten Konsum. Auf der Entstehungsseite unterliegt ein großer Teil der personennahen Dienstleistungen trotz der Anfang März beschlossenen Lockerungen weiterhin Einschränkungen.

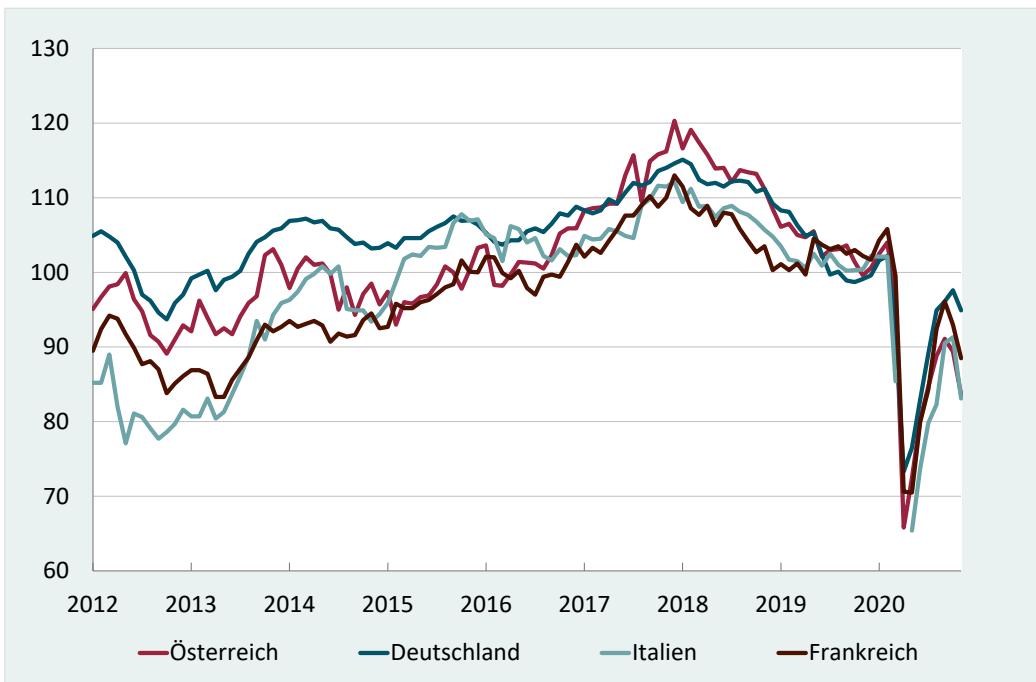
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb vergleichsweise robust. Die Zahl der Erwerbstätigen war im Jänner 2021 um 1,6 % niedriger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen war im Februar um rund 20 % höher als im gleichen Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote stieg im Jahresschnitt um 0,9 Prozentpunkte auf 5,9 %. Einen noch stärkeren Anstieg verhinderte die Ausweitung der Kurzarbeit. Gemäß einer Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit waren im Dezember knapp 2,4 Mio. Personen bzw. 7,1 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kurzarbeit. Die Inflation, die im Jahresschnitt 2020 nur 0,5 % und im Dezember –0,3 % betragen hatte, sprang im Jänner und Februar auf 1,0 % bzw. 1,3 %. Der Anstieg der Energiepreise, die Wiedererhöhung der Mehrwertsteuersätze, die Einführung des bundesweiten Emissionshandels in den Bereichen Verkehr und Wärme sowie die Erhöhung des Mindestlohns treiben die Inflation im Jahr 2021.

Im Prognosezeitraum dürften mit der fortschreitenden Durchimpfung der Bevölkerung die Lockdown-Maßnahmen Schritt für Schritt aufgehoben werden. Dann sollten die hohen Sparguthaben, die wegen der eingeschränkten Konsummöglichkeiten gebildet wurden, dem Konsum einen Schub geben. Das Verarbeitende Gewerbe profitiert weiter von der Erholung der Weltwirtschaft. Allerdings werden die Unternehmen die Investitionen nur allmählich ausweiten, denn die Kapazitäten bleiben noch länger unterausgelastet. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Jahren 2021 und 2022 um 3,5 % bzw. 3,3 % zulegen.

Die Wirtschaft **Italiens** wird sich nur langsam von der Krise erholen. Nach einem kräftigen Wachstum im dritten Quartal (15,9 %) folgte im vierten Quartal, bedingt durch Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, ein erneuter Einbruch. So sank im vierten Quartal 2020 das BIP um 1,9 % zum Vorquartal und um 6,6 % im Vergleich zum vierten Quartal 2019. Geschuldet war die negative Entwicklung im Wesentlichen den Konsumausgaben, welche im Vergleich zum Vorquartal um 1,6 % sanken und im Vergleich zum Vorjahresquartal gar um 6,8 % zurückgingen. Kaum Veränderungen im Vergleich zum Vorquartal gab es bei den Bruttoanlageinvestitionen, welche um 0,2 % stiegen, während die Importe und Exporte um 5,4 % bzw. 1,3 % wuchsen. Deutlicher werden die negativen Auswirkungen der Pandemie im Vergleich mit dem Vorjahresquartal mit Rückgängen der Bruttoanlageinvestitionen um 1,2 %, der Importe um 7,1 % und der Exporte um 8,1 %. Im Jahressdurchschnitt 2020 ergibt sich ein Rückgang des realen BIP um 8,9 %. Durch die anhaltende Pandemie, das verhaltene Tempo der Impfungen und die dadurch erforderlichen gesundheitspolitischen Maßnahmen schmälern sich auch die Wachstumsaussichten bis weit in das Jahr 2021 hinein. Das Institut erwartet daher für das Jahr 2021 nur mehr ein Wachstum von 4,0 % und ein Wachstum im gleichen Ausmaß für das Jahr 2022.

In **Frankreich** schrumpfte die Produktion im vergangenen Jahr um 8,1 % und damit deutlich geringer als noch in der Dezember-Prognose erwartet. Dennoch entwickelte sich die Wirtschaft im vierten Quartal schlechter als der Durchschnitt der Euroraumländer. So wuchsen zwar die Exporte um 5,8 % gegenüber dem Vorquartal, jedoch brach der Konsum um 5,6 % ein. Insgesamt betrug der Rückgang 1,4 % verglichen mit 0,7 % im Euroraum.

Nach einem dramatischen Anstieg im Oktober konnten die Neuinfektionen bis Dezember wieder deutlich gesenkt werden. Die 7-Tage-Inzidenz befindet sich jedoch weiterhin auf einem hohen Niveau. Die *Banque de France* geht davon aus, dass die Beschäftigung im vierten Quartal um etwa 400.000 Personen unterhalb des Vorjahresniveaus lag. Dieser vergleichsweise geringe Rückgang erklärt sich durch die starke Inanspruchnahme der Kurzarbeitshilfen, welche zu einer stärkeren Anpassung in den Arbeitsstunden (-7,3 %) als in den Beschäftigungsverhältnissen (-1,4 %) führte. Die Inflation sank ausgehend von 1,3 % im Jahr 2019 auf 0,5 % im vergangenen Jahr. Im Zuge der weltweiten Erholung der Warenproduktion und der zuletzt positiven Außenhandelsentwicklung Frankreichs deuten die Konjunkturvorlaufindikatoren auf eine stabile Erholung der Industrie in den ersten Monaten des laufenden Jahres hin. Im Lichte der weiterhin hohen Infektionszahlen wird aber eine rückläufige Entwicklung bei den Dienstleistungen und im KonsumentInnenvertrauen signalisiert. Im laufenden Jahr wird mit einem Wachstum um 5,8 % und im kommenden Jahr um 3,8 % gerechnet.

**Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)**

Quellen: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

Das Bruttoinlandsprodukt im **Vereinigten Königreich** ist im vergangenen Jahr um 9,9 % geschrumpft und im vierten Quartal 2020 wieder langsam gewachsen; der Anstieg im Vergleich zum Vorquartal betrug 1,0 %. Das niedrige Wirtschaftswachstum ist insbesondere auf den schwachen privaten Konsum und auf den kräftigen Anstieg der Importe zurückzuführen. Vor allem der harte Lockdown im November belastete die Binnennachfrage. Die Markit/CIPS Stimmungsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor sind zuletzt allerdings wieder gestiegen. Der Indikator für das Verarbeitende Gewerbe lag im Februar deutlich über der Wachstumschwelle von 50 Punkten, jener für den Dienstleistungssektor knapp darunter. Das COVID-19-Impfprogramm hat früh begonnen und wird zügig vorangetrieben. Gegen Ende März war bereits jeder zweite Erwachsene mit einem zumindest einfachen Impfschutz versehen. Damit gehört das Land bezüglich Durchimpfung zur internationalen Spitze. Vor diesem Hintergrund hat der Premierminister eine weitgehende Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen im Verlauf des Frühjahrs angekündigt. Die Maßnahmen zur Kurzarbeit und zur Unterstützung der Unternehmensfinanzierung wurden zum Teil verlängert, und auch die Geldpolitik wirkt mit niedrigen Leitzinsen und einem umfangreichen Anleihekaufprogramm weiterhin stimulierend.

Neben der Corona-Pandemie bestimmt derzeit der Brexit die Wirtschaftsentwicklung des Landes. Im letzten Moment vor Ablauf des vergangenen Jahres haben sich das Vereinigte Königreich und die EU auf ein Handels- und Kooperationsabkommen geeinigt,

das die künftigen Beziehungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie in anderen Bereichen wie Forschung, Gesundheit, Justiz und Sicherheitsfragen regelt. Damit wurden die drastischen Folgen eines harten Brexit (ohne Abkommen) zwar vermieden, allerdings gibt es zahlreiche Nachteile im Vergleich zum Verbleib im EU-Binnenmarkt, sowohl im Warenverkehr in Form von nichttarifären Hemmnissen als auch im Dienstleistungsbereich, insbesondere bei den Finanzdienstleistungen, was auf das Potenzialwachstum drücken dürfte. Im laufenden und im kommenden Jahr sollte das Bruttoinlandsprodukt um 4,5 % bzw. 4,3 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** hat sich im vergangenen Jahr mit einem Rückgang von 3,0 % vergleichsweise gut entwickelt. Das vierte Quartal 2020 stand jedoch ganz im Zeichen der zweiten Corona-Welle und das Wachstum fiel mit 0,3 % gegenüber dem Vorquartal moderat aus. Wenig betroffen war der Industriesektor, in dem zwar noch keine Vorkrisenstände erreicht wurden, die Frühindikatoren zu Beginn 2021 jedoch auf eine Fortsetzung der Erholung hindeuten. Der Einkaufsmanagerindex der Industrie etwa kletterte im Februar mit 61,3 auf den höchsten Wert seit August 2018. Von einer positiven Stimmung zeugt auch die neuerlich gestiegene Investitionstätigkeit, die von den nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen profitiert. Die Lage am Arbeitsmarkt ist trotz fortgesetzter Corona-Hilfsprogramme angespannt, die nationale Arbeitslosenquote ist allerdings nach einem Höchststand im Jänner (3,7 %) binnen Monatsfrist leicht zurückgegangen, und zwar auf 3,6 %. Anfang März wurden erste Lockerungsschritte u.a. mit der Wiederöffnung großer Teile des Handels vollzogen. Damit dürfte der Konsum wieder etwas anziehen. Für die nächsten Monate sind weitere Lockerungen geplant, falls die Infektionszahlen dem nicht entgegenstehen. Das KOF-Konjunkturbarometer hat seinen Abwärtstrend vorläufig beendet und ist im Februar deutlich gestiegen. Insgesamt erwartet das Institut im Prognosezeitraum ein Wachstum von zunächst 3,3 % und anschließend 3,5 %.

In den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (MOEL)** entwickelte sich die Wirtschaft im vergangenen Jahr mit einem BIP-Rückgang von 3,9 % besser als im Euroraum (-6,6 %). Aufgrund des niedrigeren Wertschöpfungsanteils des Dienstleistungssektors, welcher besonders stark von den Eindämmungsmaßnahmen betroffen ist, weisen die mittel- und osteuropäischen Länder einen geringeren Rückgang der Wirtschaftsleistung auf als viele Länder des Euroraums. Die Erholung des globalen Warenhandels in der zweiten Hälfte des Vorjahres stützte die Exporttätigkeit in den offenen und industriegeprägten Wirtschaften der MOEL, die stark in die globalen Wertschöpfungsketten integriert sind. Darüber hinaus unterschieden sich die Länder hinsichtlich Strenge und Länge der Eindämmungsmaßnahmen.

Die Verlängerung der Eindämmungsmaßnahmen infolge hoher Infektionsraten hat die Wirtschaftstätigkeit im ersten Quartal 2021 belastet. Nach einer moderaten Zunahme

im zweiten Quartal sollte die Wirtschaft in den MOEL in der zweiten Jahreshälfte auf einen robusten Wachstumspfad zurückkehren. Die Wirtschaftsdaten für Jänner und Februar 2021 deuten auf eine starke Dynamik des Verarbeitenden Gewerbes in vielen Ländern der Region hin. Die Auszahlung der verbliebenen Fördermittel aus dem EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 und die Implementierung von Investitionsprojekten im Rahmen des Aufbauinstrumentes „Next Generation EU“ sowie des EU-Haushalts 2021 bis 2027 dürften die Erholung in diesen Ländern im Prognosezeitraum und darüber hinaus unterstützen. Die gestiegene Arbeitslosigkeit, das gedämpfte Lohnwachstum und die nur langsame Erholung des Tourismus dämpfen den privaten Konsum im laufenden Jahr. Die notwendige Rückführung der fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen sowie die gestiegene Verschuldung der Unternehmen und der privaten Haushalte dürften ebenfalls die Erholung dämpfen. Die Auslandsnachfrage könnte hingegen die Konjunktur stimulieren. Die voraussichtliche Beschleunigung der Wirtschaftsdynamik wird insbesondere im Jahr 2022 zur Erhöhung der Beschäftigung führen. Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität in den MOEL-5 in den Jahren 2021 und 2022 um 3,6 % bzw. 4,4 % expandieren. Dabei bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern.

In **Tschechien** sank das BIP im Vorjahr um 5,6 %. Im vierten Quartal setzte sich die Erholung mit einer Expansion der Wirtschaftsleistung um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal fort. Im Vorjahresvergleich nahm sie aber um 4,7 % ab. Während die Nettoexporte das BIP-Wachstum stützten, blieb die Inlandsnachfrage im Jahresvergleich stark rückläufig. Infolge steigender Preise für Transport und Lebensmittel erhöhte sich die Teuerungsrate auf 2,1 % im Februar. Die Arbeitslosenquote nahm um 1,2 Prozentpunkte im Jahresvergleich zu, blieb aber mit 3,2 % im Jänner niedrig. Die Auslandsnachfrage und der private Konsum, getrieben durch die Senkung der Einkommensteuer am Anfang dieses Jahres, dürften die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr stützen. Nach einer Expansion um 3,0 % im Jahr 2021 dürfte sich die Dynamik der Wirtschaftsleistung im Jahr 2022 auf 4,0 % beschleunigen.

In **Ungarn** verringerte sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 um 5,0 %. Trotz eines Anstiegs um 1,4 % gegenüber dem Vorquartal entwickelte sich das BIP im vierten Quartal mit einem Rückgang um 4,1 % im Vorjahresvergleich negativ. Sowohl die Investitionen als auch die Nettoexporte stützten die Wirtschaft, während der private Konsum im Jahresvergleich rückläufig war. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich im Jahresvergleich trotz Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen und ArbeitnehmerInnen um einen Prozentpunkt auf 4,9 % im Jänner. Die Teuerungsrate sank infolge des Auslaufens eines statistischen Basiseffekts auf 3,3 % im Februar, nach 4,4 % im Februar 2020. Im laufenden Jahr dürfte die gestiegene Arbeitslosigkeit den privaten Konsum belasten. Positiv wirken hingegen die Kreditexpansion für KMU und die Unterstützung der Arbeit-

nehmerInnen durch das SURE-Kurzarbeitsprogramm der EU. Das BIP dürfte voraussichtlich um 4,0 % im Jahr 2021 und um 4,3 % im Jahr 2022 expandieren.

In **Polen** ging das Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr um 2,7 % zurück. Im vierten Quartal sank die Wirtschaftsleistung um 0,7 % zum Vorquartal und um 2,7 % zum Vorjahresquartal. Ausschlaggebend für den Rückgang waren die Eindämmungsmaßnahmen, die zu einem starken Schrumpfen der Inlandsnachfrage führten. Die Exporte zogen hingegen stark an. Die beträchtlichen Unterstützungen für ArbeitnehmerInnen verhinderten eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes und stützten den privaten Konsum. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jahresvergleich um lediglich 0,1 Prozentpunkte auf 3,1 % im Jänner. Wegen steigender Energiepreise blieb die Inflation hoch und betrug im Februar 3,6 %. In den beiden Prognosejahren dürften die öffentlichen Investitionen zusammen mit dem privaten Konsum die wirtschaftliche Erholung stützen. Die Wirtschaftsleistung dürfte im Jahr 2021 um 3,5 % und im Jahr 2022 um 4,5 % zunehmen.

In der **Slowakei** verringerte sich die Wirtschaftsleistung im Vorjahr um 5,2 %. Im vierten Quartal nahm das BIP um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zu und sank um 2,6 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahrs. Positive Impulse kamen von den Nettoexporten, während die Inlandsnachfrage stark negativ blieb. Die Arbeitslosenquote stieg im Jänner auf 7,2 % und lag damit um 1,2 Prozentpunkte über dem Jänner-Niveau des Vorjahrs. Die Inflation blieb mit 0,9 % im Februar trotz steigender Transportpreise niedrig. Fiskalische Maßnahmen, geplante EU-Mittel für Investitionen aus dem EU-Aufbaufonds und eine Belebung der Auslandsnachfrage dürften das BIP-Wachstum in der Prognoseperiode stützen. Infolgedessen dürfte das BIP in diesem und im nächsten Jahr um 4,0 % bzw. 4,8 % wachsen.

In **Slowenien** nahm das BIP im Vorjahr um 5,5 % ab. Im vierten Quartal blieb die Wirtschaftsdynamik negativ und die Wirtschaftsleistung verringerte sich um 1,0 % zum Vorquartal bzw. um 5,0 % im Vorjahresvergleich. Während die Investitionen und der öffentliche Konsum das BIP-Wachstum stützten, war der private Konsum infolge von Eindämmungsmaßnahmen stark rückläufig. Die Nettoexporte trugen positiv zum BIP-Wachstum bei, weil die Importe stärker sanken als die Exporte. Die Teuerungsrate betrug im Februar –1,1 %, wobei die Preisreduktionen für Winterwaren die Inflation kräftig drückten. Die fiskalischen Maßnahmen zur Unterstützung des Arbeitsmarktes führten seit Mai zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit um 0,6 Prozentpunkte auf 4,7 % im Jänner. Die weiterhin expansive Fiskal- und Geldpolitik dürfte die Inlandsnachfrage in der Prognoseperiode stützen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Jahren 2021 und 2022 um jeweils 4,5 % expandieren.

Im Jahr 2020 hat der BIP-Rückgang in **Rumänien** 3,9 % betragen. Da im vierten Quartal Verschärfungen der Eindämmungsmaßnahmen regional begrenzt waren, erhöhte sich die Wirtschaftsleistung kräftig um 4,8 % gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich sank sie um 1,8 %. Der Lageraufbau und die landwirtschaftliche Produktion stützten zusammen mit den Investitionen das BIP-Wachstum. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich seit Jänner 2020 um 2 Prozentpunkte und betrug im Jänner 5,6 %. Infolge steigender Energiepreise erhöhte sich die Inflation auf 2,5 % im Februar. Konjunkturstützend wirken in der Prognoseperiode neben der expansiven Fiskal- und Geldpolitik auch die EU-Mittel, die sowohl im Jahr 2021 als auch im Jahr 2022 für Infrastrukturinvestitionen eingesetzt werden. Die Wirtschaftsleistung dürfte in den Jahren 2021 und 2022, getrieben von der Inlandsnachfrage, um 4,0 % bzw. um 4,5 % expandieren.

In **Kroatien** sank die Wirtschaftsleistung im Vorjahr um 8,1 %. Im vierten Quartal erhöhte sich das BIP gegenüber dem Vorquartal um 2,7 % und schrumpfte um 7,0 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Dieser starke Rückgang ist hauptsächlich auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Tourismus zurückzuführen, der von der rückläufigen Nachfrage nach Flugreisen und den Reisebeschränkungen in vielen Ländern stark negativ betroffen war. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich im Jahresabstand um 1,1 Prozentpunkte auf 7,0 % im Jänner. Dies führte zu einer starken Abnahme des privaten Konsums. Nach einer negativen Entwicklung in den Vormonaten erhöhte sich die Inflationsrate im Februar auf 0,7 %. Im laufenden Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt infolge einer erwarteten Erholung des Sommertourismus und der Inlandsnachfrage voraussichtlich um 4,5 % zunehmen und im kommenden Jahr um 4,8 %.

Im Vorjahr ist das BIP in **Bulgarien** um 4,2 % geschrumpft. Im vierten Quartal legte die Wirtschaftsleistung im Vorquartalsvergleich um 2,2 % zu und sank im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,8 %. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf den Einbruch der Investitionen und der Nettoexporte zurückzuführen, während der öffentliche Konsum stark zunahm. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jänner gegenüber Jänner 2020 um 1,3 Prozentpunkte auf 5,5 %. Die Inflation blieb wegen der schwachen Inlandsnachfrage mit 0,2 % im Februar niedrig. Infolge einer Erholung des privaten Konsums und der Investitionen sowie einer langsamen Zunahme des Tourismus in der zweiten Jahreshälfte dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 3,3 % und im Jahr 2022 um 4,3 % wachsen.

In **Russland** sank die Wirtschaftsleistung im Vorjahr um 3,1 %. Gestützt wurde die Produktion durch den Aufbau der Lagerbestände und die öffentlichen Konsumausgaben. Aufgrund einer schwachen Entwicklung der Haushaltseinkommen und der steigenden Arbeitslosigkeit schrumpfte der private Konsum kräftig. Die Investitionen waren ebenfalls stark rückläufig. Die Importe gingen um rund 14 % zurück. Trotz massiver

Ölförderkürzungen nahmen die realen Exporte dank höherer Ausfuhren von Getreide und Gold weniger stark ab. Die Inflation erhöhte sich infolge einer kräftigen Zunahme der Lebensmittelpreise im Februar auf 5,7 %.

Die Fortschritte bei der Impfung der Bevölkerung führten im ersten Quartal dieses Jahres zu einer Abnahme der registrierten täglichen Neuinfektionszahlen und zur Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen in einigen Regionen. Dadurch hellte sich die Stimmung der VerbraucherInnen und Unternehmen auf. Dabei verbesserte sich der private Konsum und die Arbeitslosigkeit sank auf 5,8% im Februar. Der private Konsum dürfte sich im Prognosezeitraum weiter erholen und zusammen mit den geplanten großen Investitionen von staatlichen Unternehmen die Konjunktur stützen. Die Investitionen der Unternehmen werden hingegen durch die niedrige Kapazitätsauslastung und die Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung gedämpft. Die Erholung der Weltwirtschaft und das Auslaufen des OPEC+-Produktionsabkommens im nächsten Jahr dürften die Exporte stützen. Dabei wird das Tempo der Belebung der Öl- und Gasförderung einen erheblichen Einfluss auf die Geschwindigkeit der Konjunkturerholung haben. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2021 und 2022 um 2,5 % bzw. 2,3 % expandieren.

**Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen**

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2018	2019	2020	2021	2022
BIP, real					
Deutschland	1,3	0,6	-4,9	3,5	3,3
Italien	0,9	0,3	-8,9	4,0	4,0
Frankreich	1,8	1,5	-8,1	5,8	3,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	-9,9	4,5	4,3
Schweiz	3,0	1,1	-2,9	3,3	3,5
USA	3,0	2,2	-3,5	5,8	3,5
Japan	0,6	0,3	-4,8	2,8	2,0
China	6,7	6,1	2,3	7,8	5,3
Polen	5,4	4,5	-2,7	3,5	4,5
Slowakei	3,8	2,3	-5,2	4,0	4,8
Tschechien	3,2	2,3	-5,6	3,0	4,0
Ungarn	5,4	4,6	-5,0	4,0	4,3
Slowenien	4,4	3,2	-5,5	4,5	4,5
MOEL-5 <sup>i</sup>	4,8	3,8	-3,9	3,6	4,4
Bulgarien	3,1	3,7	-4,2	3,3	4,3
Rumänien	4,5	4,1	-3,9	4,0	4,5
Kroatien	2,8	2,9	-8,4	4,5	4,8
Russland	2,8	2,0	-3,1	2,5	2,3
Euroraum	1,9	1,3	-6,6	4,3	3,6
NMS-6 <sup>ii</sup>	4,6	4,0	-4,0	3,6	4,4
EU-27	2,1	1,6	-6,2	4,2	3,7
OECD	2,3	1,6	-4,9	4,6	3,5
Welt	3,4	2,7	-3,4	5,3	4,0
Welthandel (Waren laut CPB)					
Österreichische Exportmärkte	3,5	-0,4	-5,3	7,0	3,5
Österreichische Exportmärkte	3,9	2,1	-10,0	6,5	5,8
USD/EUR Wechselkurs <sup>iii</sup>	1,18	1,12	1,13	1,20	1,20
Rohölpreis <sup>iii</sup>	71,7	64,2	43,4	65,0	65,0

<sup>i</sup> MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien<sup>ii</sup> NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien<sup>iii</sup> absolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, ab 2021 Prognose des IHS

### 3 Die österreichische Außenwirtschaft

Die Entwicklung der **österreichischen Außenwirtschaft** wird im laufenden und im kommenden Jahr durch einen sektoral differenzierten Erholungsprozess geprägt. Der weltweite Warenhandel und die Industrieproduktion erholten sich bereits im Verlauf des vergangenen Jahres stark und lagen zuletzt in etwa auf ihren jeweiligen Vorkrisenniveaus. Die kräftige globale Erholung in der Industrie, insbesondere in China, wurde von steigenden Preisen für Rohöl, Metalle und seltene Erden begleitet und führte zeitweise zu Lieferengpässen bei Halbleitern und Containern. Im Gegensatz dazu ist aufgrund einer erneuten Infektionswelle ab dem vierten Quartal mit einem gänzlichen Wegfall ausländischer TouristInnen in der Wintersaison zu rechnen. Während der österreichische Warenhandel bereits Fahrt aufgenommen haben dürfte, wird eine merkbare Erholung bei den Tourismusexporten wohl erst in der zweiten Jahreshälfte einsetzen.

Österreichs reale Warenexporte sind im vergangenen Jahr um 6,9 % gefallen und konnten trotz der hohen Infektionszahlen im vierten Quartal um 1,6 % gegenüber dem Vorquartal zulegen. Dabei entwickelten sich vornehmlich die Exporte nach Deutschland kräftig. Am aktuellen Rand deuten Stimmungsindikatoren auf eine Erholung der Exportaufträge für Vorleistungs- und Investitionsgüter, vorwiegend bei Kraftwagen, Kraftwagenteilen und chemischen Erzeugnissen, hin. Beginnend mit dem zweiten Quartal sollte auch der im März beschlossene *American Rescue Plan*, über anziehende US-Importe, eine stimulierende Wirkung auf die Exporte der Euroraumländer entfalten. Die OECD rechnet in ihrer aktuellen Prognose mit einem Spillover-Effekt auf die Wirtschaftsleistung des Euroraums im Ausmaß von 0,25 % bis 0,5 % des BIP. Die realen Warenexporte Österreichs dürften im laufenden Jahr um 7,8 % und im kommenden Jahr um 4,0 % wachsen.

Bei den Reiseverkehrsexporten betrug der Rückgang im vergangenen Jahr 39,5 %. Aufgrund der steigenden Infektionszahlen kam der Auslandstourismus ab Mitte Oktober fast gänzlich zum Erliegen. Nach Weihnachten wurden zwar Skigebiete geöffnet, jedoch blieben Gasthäuser und Beherbergungsbetriebe weiterhin geschlossen. Da mit einer Öffnung der Gastronomie und Hotellerie frühestens nach Ostern gerechnet wird, ist für das erste Quartal des laufenden Jahres mit einem Totalausfall der Reiseverkehrsexporte zu rechnen. Erste schrittweise Lockerungen werden für das zweite und eine nahezu gänzliche Öffnung (unter Einhaltung von Corona-Auflagen) für das dritte Quartal erwartet. Die Reiseverkehrsexporten werden im laufenden Jahr um 13,0 % einbrechen. Im kommenden Jahr wird ein Wachstum um 75,0 % erwartet.

Die realen Exporte i.w.S. laut VGR werden im laufenden Jahr voraussichtlich um 6,8 % und im kommenden Jahr um 7,2 % wachsen. Die realen Importe i.w.S. laut VGR dürften im laufenden Jahr um 8,4 % und im kommenden Jahre um 6,6 % steigen.

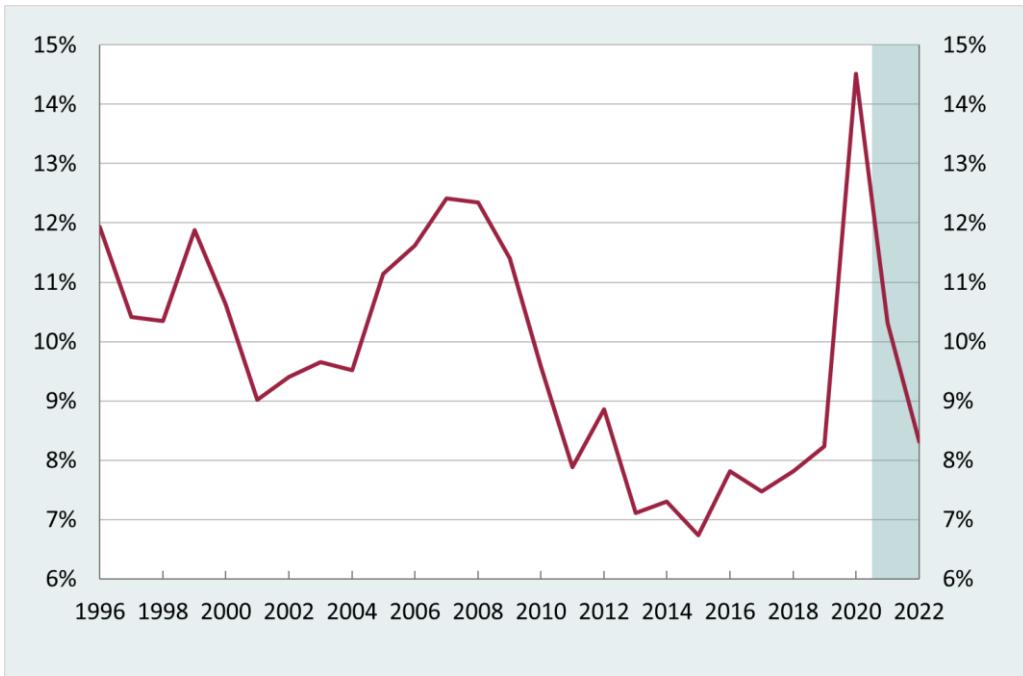
## 4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Während im Vorjahr das österreichische Konsumklima von der Corona-Pandemie und den zu ihrer Eindämmung gesetzten Maßnahmen dominiert war, ist für das laufende Jahr mit einem Auslaufen dieser Beschränkungen und mit einer nachhaltigen Belebung zu rechnen. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, zu welchem Teil die jüngsten extrem starken Einbrüche in der Konsumnachfrage auf Einkommenseinbußen, Vorsichtssparen, Infektionsangst oder Konsumverhinderung durch Schließung von Geschäften oder Verbot von Diensten zurückzuführen war. Zunächst ist festzustellen, dass realisierte Einkommenseinbußen den Nachfrageeinbruch nicht begründen können, denn diese waren zwar empfindlich aber doch mit rund 3 % (inflationsbereinigt) weit mäßiger als der Konsumrückgang von fast 10 %. Umfragen und detaillierte Untersuchungen haben ergeben, dass Vorsichtssparen ebenso nur einen kleinen Anteil hat, allerdings Haushalte mit vergleichsweise niedrigem Einkommen eher betrifft, da diese fortgesetzt mit einem erhöhten Risiko des Arbeitsplatzverlustes konfrontiert sind. Der größte Anteil hingegen dürfte von direkter Blockierung der Nachfrage durch Lockdown oder durch Infektionsangst getragen sein. Das ist wichtig, denn diese Zurückhaltungsmotive fallen bei einem Erlöschen der Pandemie umgehend weg. Daher erwartet das Institut in der zweiten Jahreshälfte eine starke Konsumnachfrage. Ein Überkompensieren des entgangenen Konsums durch Aufbrauchen des über die Pandemie hinweg angesammelten Geldvermögens der Haushalte ist hingegen nicht realistisch. Allerdings waren über die letzten Monate gegenüber dem Gesamtbild der Konsumnachfrage relativ starke Einzelhandelsumsätze zu beobachten, teilweise haben die österreichischen Haushalte also den Nichtkonsum von Dienstleistungen durch Mehrkonsum von Waren wettgemacht. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Konsummuster nachhaltig verändert haben oder ob etwa touristische Dienste sofort wieder in vollem Umfang nachgefragt werden, wenn dies möglich ist.

Gegenüber der Dezember-Prognose musste die Einschätzung des Konsumverhaltens der österreichischen Haushalte im laufenden Jahr wegen der Fortdauer von Beschränkungen, vor allem im Bereich der Gastronomie und der Beherbergung, zurückgenommen werden. Der **Konsum der privaten Haushalte** wächst heuer voraussichtlich inflationsbereinigt um 4,5 %. Diese Wachstumsrate wirkt zunächst beeindruckend, ist aber im Vergleich mit dem Einbruch des Vorjahres, aber auch mit der Einkommensentwicklung zu sehen. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen fallen nämlich im laufenden Jahr um 0,5%, die Haushalte nehmen also ihre Spartätigkeit deutlich zurück, greifen aber ihr vor der Pandemie gewohntes Muster nicht sofort wieder auf. Im kommenden Jahr werden sich die Haushalte über eine der wirtschaftlichen Erholung entsprechende Einkommensdynamik mit einer Zuwachsrate

von 2,1 % real erfreuen können. Ein neuerliches Konsumwachstum von 4,5 % wird genügen, um ihre Sparquote wieder auf das gewohnte Niveau zurückzubringen.

**Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte**



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 9 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Im Zeitraum 2015 bis 2019 befand sich diese Kenngröße in einem leichten kontinuierlichen Aufbau. Die Haushalte genossen deutliche Realeinkommenszuwächse, die genügend Spielraum boten, um Sparziele und Anschaffungspläne gleichzeitig zu verfolgen. Das Jahr 2020 hat dieses Muster empfindlich gestört und zu einem Spitzenwert von 14,5 % geführt. Im laufenden und im kommenden Jahr kehrt nun die Haushaltssparquote mit Werten von 10,3 % und 8,3 % zu ihrem gewohnten Niveau zurück. Der Pfad zum Normalwert wird heuer also noch nicht vollständig durchschritten.

Das vergleichsweise kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** reagiert im Einklang mit dem Gesamtbild. Nach einem Rückgang im Vorjahr kommt es auch hier zu einer kompensierenden Belebung mit Wachstumsraten von 3,0 % und 2,5 %. Unter Einschluss dieser Non-Profit-Dienste ergeben sich für den privaten Konsum insgesamt reale Wachstumsraten von jeweils 4,3 % in beiden Prognosejahren.

Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die hohe Unsicherheit und die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen haben im Jahr 2020 zu einem Rückgang der **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** um 6,2 %

geführt. Dabei brachen die Anschaffungen von Maschinen und Geräten um knapp 10 % und jene von Fahrzeugen um mehr als 14 % ein. Dagegen stiegen die Investitionen in geistiges Eigentum um 1,7 %. Trotz der erneuten Verschärfung des Lockdowns ab November zeigten die Ausrüstungsinvestitionen im vierten Quartal Erholungstendenzen. So waren die Käufe von Maschinen und Geräten um 4,3 % höher als im dritten Quartal. Die Fahrzeuginvestitionen sanken zwar um 1,0 %, sie waren aber im dritten Quartal um etwa 17 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Ende 2020 waren die saisonbereinigten Ausrüstungsinvestitionen um 0,3 % niedriger als Ende 2019. Dabei ist die Entwicklung der Investitionen in Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie bemerkenswert; sie waren im vierten Quartal 2020 um 10,2 % höher als ein Jahr zuvor. Diese Investitionskategorie hat offenbar von der pandemiebedingten Forcierung der Digitalisierung profitiert.

Im Prognosezeitraum dürften sich die Ausrüstungsinvestitionen allmählich beleben. Die Industrieunternehmen beurteilen ihre Auftragsbestände und die künftige Produktions-tätigkeit deutlich optimistischer (Abbildung 10). Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist zuletzt gestiegen, sie liegt aber noch immer deutlich unter ihrem langjährigen Mittelwert (Abbildung 11). Es gibt aber Wirtschaftsbereiche, die, wie der Tourismus oder die Gastronomie, nach wie vor unter den Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen leiden und in denen daher nicht mit nennenswerten Investitionen zu rechnen ist. Gestützt wird die Investitionstätigkeit durch staatliche Maßnahmen, etwa die Investitionsprämie. Von der Finanzierungsseite gehen gemischte Impulse aus. Einerseits sind die Zinsen noch immer sehr niedrig, und daran wird sich bis zum Ende des Prognosezeitraums wohl auch nichts ändern. Andererseits sind im vergangenen Jahr die Unternehmensgewinne gesunken, und auch im heurigen Jahr werden sie sich kaum erholen, was die Innenfinanzierungsmöglichkeiten einschränkt. Zudem wurden die Kreditkonditionen verschärft. In der euroraumweiten Umfrage zum Kreditgeschäft (*bank lending survey*) gaben die Geschäftsbanken in Österreich an, im zweiten Halbjahr 2020 die Richtlinien für das Unternehmenskundengeschäft verschärft zu haben. Begründet wurde dies mit einem gestiegenen Kreditausfallrisiko und einer höheren Risikoaversion der Banken. Für das erste Quartal 2021 wurden weitere Verschärfungen erwartet. Die Banken geben aber auch an, dass sie aufgrund der staatlichen Garantien bei der Kreditvergabe weniger restriktiv sein konnten, als es die regulatorischen Bedingungen aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage erfordert hätten. Vor dem Hintergrund der geschilderten Rahmenbedingungen erwartet das Institut, dass die Ausrüstungs-investitionen in den Jahren 2021 und 2022 um 3,4 % bzw. 6,6 % steigen werden.

**Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate**

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

Der Rückgang der Rohstoffpreise und die schwache Nachfrage nach Investitionsgütern haben dazu geführt, dass der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im vergangenen Jahr nur um 0,7 % gestiegen ist. Die globalen Preise für Energieträger und Industriematerialien sind mit dem Wiedererstarken der Industrieproduktion zuletzt kräftig gestiegen. Dies wird sich gemeinsam mit der anziehenden Nachfrage in den Preisen für Investitionsgüter niederschlagen. Der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen dürfte daher im laufenden Jahr um 1,1 % und im kommenden Jahr um 1,2 % zulegen.

Die **realen Bauinvestitionen** sind pandemiebedingt im vergangenen Jahr zwar auch gesunken, mit 3,3 % war der Rückgang aber im Vergleich zu den Ausrüstungsinvestitionen moderat. Dabei sanken die Investitionen im Wohnbau um 4,0 % und im sonstigen Bau um 2,8 %. Am Jahresende waren die saisonbereinigten Wohnbauinvestitionen um 2,1 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 2,5 % niedriger als ein Jahr zuvor. Nachdem sich die Bautätigkeit im Sommer deutlich erholt hatte, sank sie im vierten Quartal erneut.

Im Prognosezeitraum sollten sich die Bauinvestitionen verhalten positiv entwickeln. Bei den Baubewilligungen für neue Wohnungen folgte auf Einbrüche um 24,5 % bzw. 9,3 % in den ersten beiden Quartalen des vergangenen Jahres im dritten Jahresviertel eine

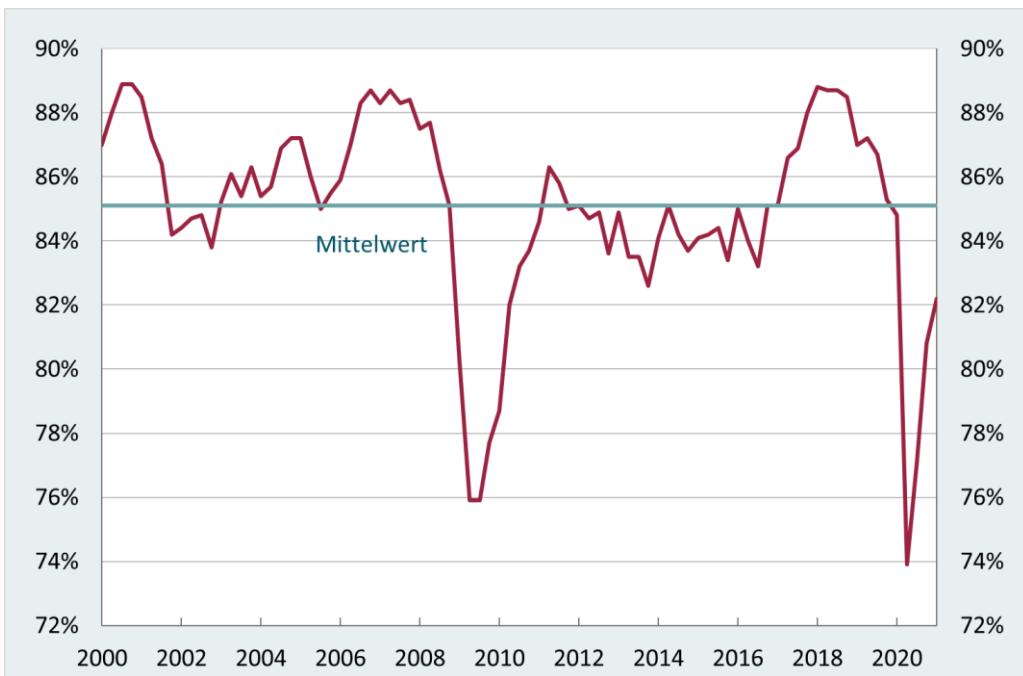
kräftige Steigerung um 15,8 %. Sofern es in den kommenden Monaten nicht zu angebotsseitigen Beschränkungen etwa aufgrund von Erkrankungen von Arbeitskräften oder Einreisebeschränkungen für ausländische Baubeschäftigte kommt, sollten sich diese Baubewilligungen in einer zunehmenden Bautätigkeit niederschlagen. Die Arbeitslosigkeit ist zwar gestiegen, aber staatliche Stützungsmaßnahmen haben die Einkommensverluste abgedeckt. Dennoch dürften sich viele Haushalte mit größeren Ausgabeentscheidungen zunächst noch zurückhalten. Der Anstieg der Immobilienpreise hat sich im zweiten Halbjahr 2020 nochmals verstärkt. Davon könnten Anreize zu einer Angebotsausweitung ausgehen. Die niedrigen Zinsen stützen die Bauinvestitionen weiterhin. Allerdings wurden, ähnlich wie im Unternehmenskundenbereich, auch die Richtlinien für Kredite an private Haushalte seit dem zweiten Quartal 2020 laufend verschärft und dürften gemäß der Umfrage zum Kreditgeschäft im ersten Quartal 2021 weiter verschärft worden sein. Als Grund gaben die Banken auch in diesem Segment an, dass das Kreditausfallrisiko gestiegen ist und die Banken risikoaverser geworden sind.

Analog zu den Ausrüstungsinvestitionen dürften die Bauinvestitionen der Unternehmen nur allmählich Fahrt aufnehmen. Zwar profitiert die Industrie von der lebhaften Auslandsnachfrage, aber in manchen Wirtschaftsbereichen dürften sich die Geschäftsmodelle pandemiebedingt nachhaltig verändern. So könnte es aufgrund der verstärkten Nutzung digitaler Kommunikationstechnologien dauerhaft zu einer geringeren Nachfrage nach Büroräumen kommen, und die Nachfrage nach neuen Hotels könnte bei einem dauerhaft geringeren Bedarf an Geschäftsreisen niedriger sein. Der öffentliche Bau leidet unter dem starken Anstieg der öffentlichen Verschuldung. Das schmälert die Möglichkeiten insbesondere der Gemeinden, ihre Investitionen zu finanzieren. Dies wird dadurch abgedeckt, dass der Bund den Kommunen Finanzmittel zur Verfügung stellt, damit diese die Investitionen aufrechterhalten können. Auch vereinfachte Vergabeverfahren sollen die öffentliche Bautätigkeit stützen. Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen im laufenden und dem kommenden Jahr um 2,0 % bzw. 3,0 % steigen.

Mit dem starken Rückgang der Rohstoffpreise hat sich im vergangenen Jahr der Preisauftrieb im Tiefbau markant abgeschwächt. Waren die Preise in diesem Segment Ende 2019 noch um 2,4 % gestiegen, legten sie im dritten Quartal 2020 nur noch um 1,5 % zu. Mit der Erholung der Rohstoffpreise beschleunigte sich der Preisanstieg aber im vierten Quartal auf 1,8 %. Im Hochbau blieb der Preisanstieg im gesamten Jahr 2020 weitgehend stabil bei 3,1 % bis 3,3 %. Im Jahresdurchschnitt erhöhten sich die Preise im Hoch- und Tiefbau insgesamt um 2,6 %, und der Deflator der Bauinvestitionen stieg um 2,9 %. Aufgrund der steigenden Rohstoffpreise und der Konjunkturerholung dürften die Baupreise weiterhin mit hohen Raten zulegen. Das Institut erwartet, dass sich der Preisindex der Bauinvestitionen in den Jahren 2021 und 2022 jeweils um 3,0 % erhöhen wird.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Wachstum von 2,7 % im Jahr 2021 bzw. 4,9 % im Jahr 2022, nach einem Einbruch um 4,9 % im vergangenen Jahr. Die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen), die im Jahr 2020 um 5,9 % gesunken sind, dürften heuer um 2,7 % und im kommenden Jahr um 5,4 % ausgeweitet werden.

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Die anhaltende Corona-Pandemie sowie deren wirtschaftliche Folgen bestimmen die Lage der **öffentlichen Haushalte**. Die Abschätzung der konkreten Höhe des Budgetdefizits ist weiterhin mit hoher Unsicherheit behaftet, sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben betreffend. Dadurch wird eine genaue Berechnung der Entwicklung der Staatsfinanzen des Jahres 2020 erst spät im Jahr 2021 möglich sein. So können z. B. Anträge für den Fixkostenzuschuss 1 bis Ende August 2021 eingereicht werden und gerade Firmen mit hohen Zuschüssen sind in den derzeitigen Zahlen noch kaum erfasst. Unsicherheiten über die tatsächliche Inanspruchnahme betreffen auch weitere Hilfsinstrumente wie den Fixkostenzuschuss bis 800.000 Euro sowie den Verlustersatz. Auch die tatsächliche Entwicklung der Einnahmeseite ist offen, da zum Jahresende das Volumen der Zahlungserleichterungen (Stundungen und Ratenzahlungen) 2,5 Mrd. Euro beträgt und die Einbringbarkeit dieser Einnahmen von der Entwicklung der Insolvenzen abhängig ist.

In Summe erwartet das Institut für das Jahr 2020 ein Budgetdefizit nach Maastricht von 10,4 % des BIP. Ausgehend von diesem Wert sollte die Defizitquote im heurigen Jahr aufgrund der besseren wirtschaftlichen Lage und geringerer staatlicher Stützungsmaßnahmen auf 6,6 % zurückgehen. Allerdings geht das Institut auch davon aus, dass der Abbau des Staatsdefizits zögerlicher als angenommen voranschreitet und es auch im Jahr 2022 zu einem Defizit von 3,5 % des BIP kommen wird.

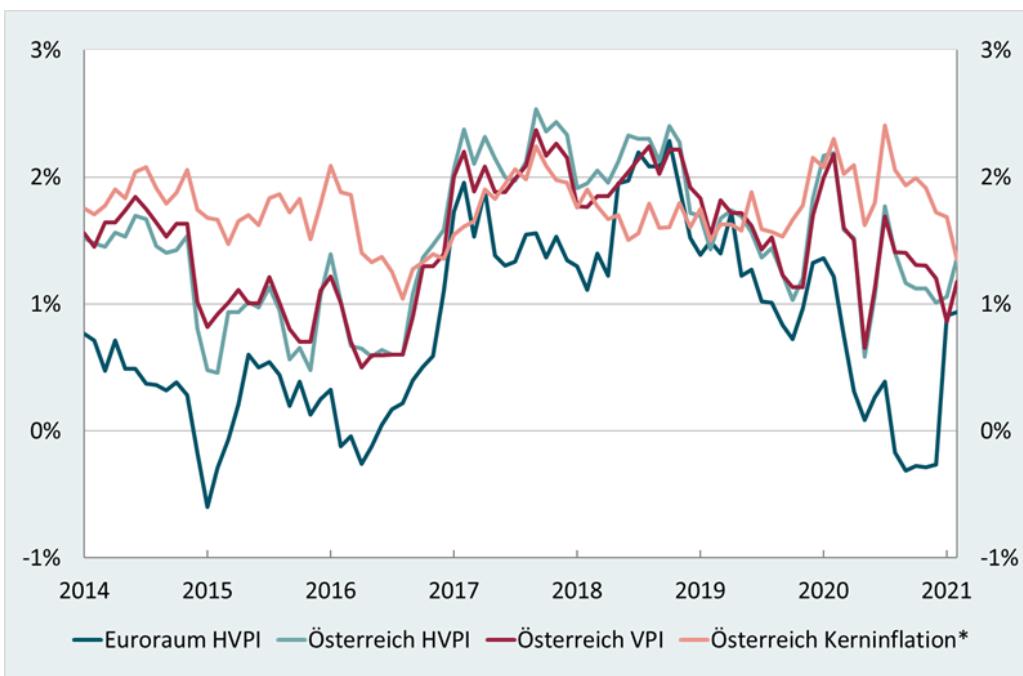
**Die Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten**, in denen die Bezüge des Kurzarbeitergeldes inkludiert sind, wuchsen im Jahr 2020 pandemiebedingt mit 0,3 %. Der Zuwachs fällt damit deutlich schwächer aus als der Anstieg der Tariflöhne (2,4 %). Dabei ist allerdings der starke Rückgang in der Arbeitszeit zu berücksichtigen. Die Löhne je geleistete Arbeitsstunde verzeichneten eine Zunahme um 9,0 %. Stellt man dem Lohnzuwachs die Kaufkraftminderung (gemessen am Konsumdeflator) gegenüber, so ergibt dies einen realen Einkommensverlust von 0,7 % im Vorjahr. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einem Lohnzuwachs von 1,0 %. Unter Einbezug der Teuerung muss jedoch auch in diesem Jahr von einem Rückgang der Reallöhne (-1,0 %) ausgegangen werden. Im nächsten Jahr dürften die Effektivlöhne mit 1,5 % wieder etwas stärker wachsen. Allerdings kann dieser Zuwachs die Kaufkraftverluste weiterhin nicht wettmachen, sodass auch dann mit realen Einkommensverlusten von knapp einem halben Prozentpunkt zu rechnen ist.

Die **Inflation**, gemessen am Anstieg des VPI, war im Vorjahr von einem starken Auf und Ab gezeichnet. So kletterte die Inflationsrate zu Jahresbeginn auf über 2 %, fiel dann im Mai auf 0,6 % und pendelte sich bei rückläufigen Raten um 1 ½ % gegen Jahresende ein. Während die Energiepreise zu Beginn der Krise stark fielen und sich nur graduell im Jahresverlauf erholt haben, hat sich die Teuerung von Industriegütern, Nahrungsmitteln und Dienstleistungen im Jahr 2020 sogar beschleunigt. Für das laufende Jahr geht das Institut vom einem durchschnittlichen Rohölpreis von 65 US-Dollar nach 43 US-Dollar im Vorjahr aus, folglich treiben die Energiepreise die Inflation. Was die Preisentwicklung in den anderen Bereichen betrifft, kam es sowohl bei den Nahrungsmitteln als auch bei den Güterpreisen zu gegenläufigen Sprüngen. Höhere Notierungen von Halbleiterpreisen, Frachtraten und CO<sub>2</sub>-Zertifikaten sowie Probleme bei den Lieferketten könnten den Preisdruck auf die Güterpreise wieder erhöhen. Mit Blick auf die Entwicklung der Dienstleistungspreise ist nach wie vor unklar, inwieweit sich eine angestauta Konsumwelle bei Aufhebungen insbesondere der Reise- und Bewirtungsbeschränkungen in temporär höheren Preisen niederschlägt. In der Gesamtbetrachtung geht das Institut für das laufende Jahr von einer Inflationsrate von 2,0 % aus. Im nächsten Jahr dürfte die Teuerung mit 1,9 % nahezu gleich bleiben.

Das Inflationsdifferenzial Österreichs zum Euroraumdurchschnitt hat sich im zweiten Halbjahr 2020, insbesondere durch die breit angelegte temporäre Mehrwertsteuer-

senkung in Deutschland, stark ausgeweitet. Mit dem Auslaufen<sup>2</sup> dieser Maßnahme zu Jahresende hat sich im Februar der Inflationsabstand zum Euroraum auf knapp einen halben Prozentpunkt verringert. Im Jahresschnitt erwartet das Institut Inflationsraten für den Euroraum von jeweils 1,5 % in den Jahren 2021 und 2022 und somit auch für den gesamten Prognosezeitraum ein Differenzial von rund einem halben Prozentpunkt.

**Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum**



\*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich

Quellen: Eurostat, Statistik Austria

Die Arbeitsmarktentwicklung wird weiterhin von der Corona-Pandemie geprägt. Nach dem lockdownbedingten Anstieg Mitte März 2020 entspannte sich die Arbeitslosigkeit in den folgenden Monaten. Mit den aufgrund der deutlich erhöhten Infektionszahlen verschärften Restriktionen stieg die Arbeitslosigkeit ab Oktober wieder etwas an. Die Corona-Kurzarbeit verhinderte dabei einen noch stärkeren Zuwachs der Arbeitslosenzahlen. Insgesamt dürfte die Arbeitslosenquote auch in den kommenden Monaten auf einem relativ hohen Niveau bleiben und erst gegen Jahresende 2021 merklich fallen. Für den Jahresschnitt 2021 wird somit eine Arbeitslosenquote laut nationaler Definition von 9,3 % erwartet. Im kommenden Jahr könnte die Arbeitslosenquote auf 8,5 % zurückgehen. Die Ausweitung der Budgetmittel für aktive Arbeitsmarktpolitik sollte der Verfestigung der Arbeitslosigkeit entgegenwirken.

<sup>2</sup> Die Ausnahme gilt weiterhin für Speisen in der Gastronomie bis Ende 2022.

Seit Oktober des Vorjahres ist die Beschäftigung wieder kräftig eingebrochen. Lag die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im Oktober 2020 noch um rund 1 % unter dem Vorjahresniveau, ist die Beschäftigung im Februar im Jahresabstand um 113.000 Personen bzw. 3,0 % gesunken. Sektoral zeigen sich wieder deutliche Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung, die sich großteils auf die Eindämmungsmaßnahmen zurückführen lassen. Während die Beschäftigung am Bau um kräftige 2,3 % zulegte und in der Sachgüterproduktion um 1,8 % zurückging, brach sie im Dienstleistungssektor um 4,0 % ein. Aufgrund des Lockdowns reduzierte sich die Beschäftigtenzahl im Bereich Gastronomie/Beherbergung um gut ein Drittel (-36,6 %). Kräftige Arbeitsplatzverluste verzeichneten auch die Branchen Verkehr (-7,6 %), Textil (-6,8 %), sonstige Dienstleistungen (-4,9 %) und Nahrungsmittel (-4,1 %). Merklich zugelegt hat die Beschäftigung hingegen in den Bereichen Gesundheit und Sozialwesen (4,9 %), Information/Kommunikation (3,3 %) sowie Bau (2,3 %). Diese unterschiedliche sektorale Entwicklung reflektiert sich auch in einem stärkeren Rückgang der Beschäftigung von Frauen (-3,4 %) als von Männern (-2,6 %).

In den kommenden Monaten dürfte die Beschäftigungsdynamik aufgrund der verbesserten Wirtschaftslage wieder etwas anziehen, sodass für den Jahresschnitt 2021 mit einem Anstieg der Zahl der Aktiv-Beschäftigung um 1,3 % gerechnet wird. Hierbei ist auch der niedrige Vergleichswert des Vorjahres zu berücksichtigen. Für das Jahr 2022 wird gegenwärtig eine Zunahme um 1,5 % erwartet. Bei der Interpretation des Rückgangs der Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2020 um 2,0 %, bei einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 6,6 %, ist zu beachten, dass die durch die Corona-Kurzarbeit geförderte Arbeitszeitreduktion einen wesentlichen Anpassungsfaktor dargestellt hat. Die Arbeitsstunden sind laut den Zahlen der Quartalsrechnung der VGR bei den unselbstständig Beschäftigten im Jahresschnitt um 9,4 % zurückgegangen, im zweiten Quartal sogar um 17,2 %.

Der im Herbst des Vorjahres begonnene zweite Lockdown macht sich auch bei den Arbeitslosenzahlen bemerkbar. Deren Anstieg wurde allerdings durch die Corona-Kurzarbeit spürbar gebremst. Seit November liegt die Zahl der vorgemerken **Arbeitslosen** um rund 30 % über dem Vorjahresniveau. Im Februar ist die Arbeitslosenzahl im Jahresvergleich um 103.000 Personen bzw. 30,8 % gestiegen. Die sektorale Entwicklung der Arbeitslosigkeit reflektiert zu einem Gutteil die wirtschaftlichen Einschränkungen durch den Lockdown, allerdings liegt auch in der Sachgüterproduktion die Arbeitslosigkeit noch um rund 20 % über dem Vorjahresniveau. In der Branche Gastronomie/Beherbergung hat sich die Arbeitslosenzahl im Vorjahresvergleich verdoppelt, deutliche Zuwächse verzeichneten auch die Bereiche Verkehr (40,3 %) und persönliche Dienstleistungen (34,2 %). Insgesamt gesehen ist die

Arbeitslosigkeit bei den Frauen (40,2 %) deutlich stärker gestiegen als bei den Männern (24,6 %).

Die Prognose der weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist nach wie vor mit hoher Unsicherheit behaftet. Allerdings hat sich die Arbeitsmarktlage in den letzten Monaten etwas besser entwickelt als noch in der Dezember-Prognose befürchtet. Gegenwärtig liegt die saisonbereinigte Arbeitslosenquote bei knapp 9,5 %. Das Institut geht davon aus, dass sich die allmähliche Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeiten in den kommenden Monaten insbesondere in einem Rückgang der Corona-Kurzarbeit niederschlägt. Weiters dürfte auch das Arbeitskräfteangebot aus dem Ausland wieder stärker zunehmen. In der zweiten Jahreshälfte sollte auch die Arbeitsnachfrage im Tourismus wieder anziehen. Im Jahr 2022 wird sich der Abbau der Arbeitslosigkeit voraussichtlich beschleunigen. Aufgrund der deutlich ausgeweiteten Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik unterstellt das Institut für die Jahre 2021 und 2022 jeweils 75.000 Personen in Schulungsmaßnahmen. Ausgehend von 9,9 % im Vorjahr wird laut Prognose die Arbeitslosenquote in diesem Jahr auf 9,3 % zurückgehen und im Jahr 2022 8,5 % betragen. Hinsichtlich der Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition erwartet das Institut Werte von 5,3 % und 5,0 %.

Die Bewältigung der Corona-Krise bringt besondere Herausforderungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik mit sich. Mitte März betrug die Zahl der (geplanten) Teilnahmen an der Corona-Kurzarbeit rund 485.000. Besonders stark vertreten sind die Branchen Handel (27,0 %), Gaststätten/Beherbergung (24,8 %) und Herstellung von Waren (16,3 %). Auf die von der Pandemie ebenfalls betroffenen Bereiche Verkehr, sonstige persönliche Dienstleistungen sowie Kunst/Unterhaltung/Erholung entfallen Anteile von 6,2 %, 5,4 % bzw. 4,0 %. Bezogen auf die Beschäftigten waren damit gut 80 % der Beschäftigten im Bereich Gaststätten/Beherbergung zur Kurzarbeit angemeldet, in den Bereichen Kunst/Unterhaltung/Erholung und sonstige persönliche Dienstleistungen waren es 56 % bzw. 31 %. Ohne die Corona-Kurzarbeit wäre der Beschäftigungsabbau in den Lockdown-Phasen unzweifelhaft deutlich stärker ausgefallen. Mit dem Auslaufen der Krise sollte die Corona-Kurzarbeit beendet werden, da diese strukturkonservierend wirkt und die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung dämpft. Für längerfristig besonders betroffene Branchen bzw. Unternehmen könnte die alte Kurzarbeitsregelung wiederbelebt werden. Eine Beteiligung der Unternehmen an den Kosten würde Mitnahmeeffekte reduzieren.

Eine wesentliche Aufgabe der aktiven Arbeitsmarktpolitik bleibt die Bekämpfung von Hysteresis-Effekten nach der Krise. Daher wird die kräftige Ausweitung der Ausgaben für Qualifizierungsmaßnahmen äußerst positiv gesehen. Mit dem Anziehen der Beschäftigungsnachfrage sind aber auch verstärkte Vermittlungsanstrengungen des

Arbeitsmarktservice angesagt, um den Abbau der Arbeitslosigkeit zu unterstützen, und das Matching am Arbeitsmarkt zu verbessern.

**Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Februar 2021**

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	-120.582	-3,2 %
Männer	-58.058	-2,9 %
Frauen	-62.524	-3,5 %
Aktiv-Beschäftigte <sup>i</sup>	-116.981	-3,2 %
Primärer Sektor	273	0,4 %
Sachgüterproduktion	-10.980	-1,8 %
Bau	3.312	1,4 %
Dienstleistungssektor	-109.623	-4,0 %
Arbeitslose gesamt	107.995	31,3 %
Männer	52.289	24,9 %
Frauen	55.707	41,3 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	4.172	6,4 %

<sup>i</sup>ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten  
Quellen: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Generell ist eine Stärkung der präventiven Komponente der Arbeitsmarktpolitik, also von Maßnahmen, die bereits vor dem Entstehen von Arbeitslosigkeit ansetzen, aus Sicht des Instituts angeraten. Im Kontext der Corona-Krise sollte ein besonderes Augenmerk auf die Neueintretenden am Arbeitsmarkt gelegt werden, da Nachteile beim Berufseinstieg noch lange nachwirken können. Neben dem Instrument der überbetrieblichen Lehrausbildung wäre die temporäre Verlängerung der Schulpflicht um ein halbes Jahr ein innovativer Ansatz; alternativ könnten auch zusätzliche Bildungsangebote im Rahmen der Ausbildungsgarantie überlegt werden. Lohnsubventionen für BerufseinsteigerInnen könnten angedacht werden, allerdings sind Mitnahmeeffekt zu erwarten. Auch nach Beendigung der Krise sollten durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik die digitalen Kompetenzen bei den Geringqualifizierten erhöht werden.

## 5 Monetäre Prognose

Nachdem im Frühjahr des vergangenen Jahres viele Zentralbanken zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie die Leitzinsen gesenkt hatten, liegen diese nun international weiterhin nahe bei bzw. sogar unter null (siehe Tabelle 5). So beträgt etwa der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum 0,0 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist – nach negativen Werten in den Monaten zuvor – im Jänner und Februar auf knapp 1 % geklettert. Sie befindet sich damit allerdings immer noch deutlich unter der Zielmarke der EZB. Diese liegt unterhalb von, aber nahe bei 2 %. Für den Jahressdurchschnitt 2021 und 2022 wird mit einem Wert von jeweils 1,5 % gerechnet. Die Leitzinsen im Euroraum werden im Prognosezeitraum wohl auf ihren niedrigen Niveaus verharren. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich deutlich expansiv ausgerichtet.

**Tabelle 5: Leitzinsen**

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2018	0	2,25 – 2,5	0,75	-0,75	-0,1
Ende 2019	0	1,5 – 1,75	0,75	-0,75	-0,1
Ende 2020	0	0 – 0,25	0,10	-0,75	-0,1
22.3.2021	0	0 – 0,25	0,10	-0,75	-0,1

Für das Jahr 2018 wird bei den Leitzinsen der Schweizerischen Nationalbank der mittlere Satz des damals gültigen Zielbandes angegeben.

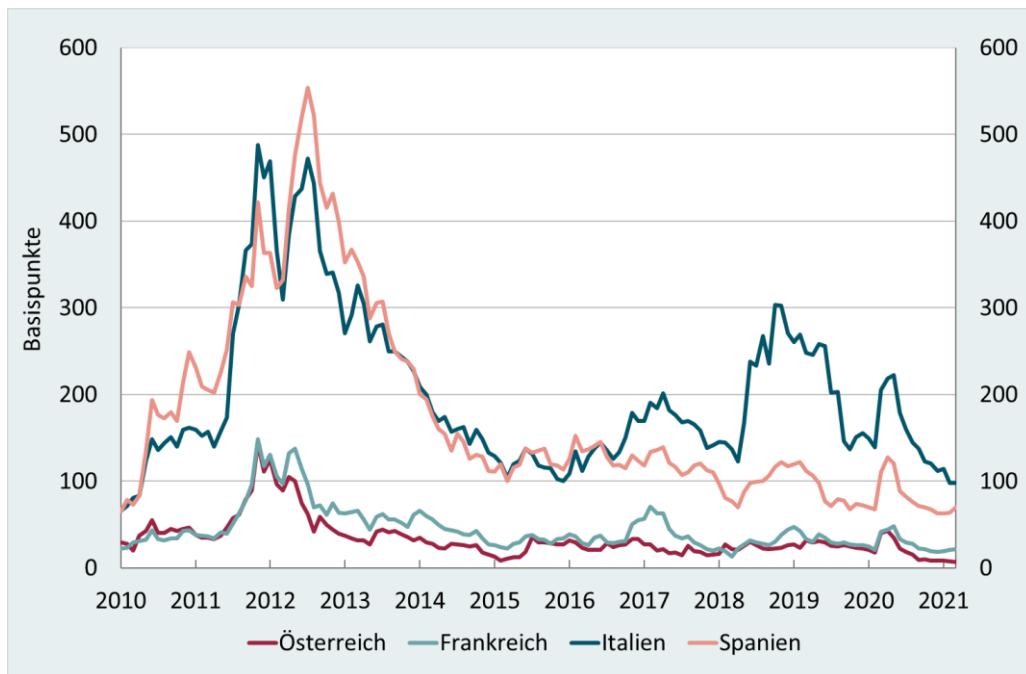
Quellen: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream

Die EZB hat im März ihre Ankaufprogramme bestätigt und verlautbart, im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (*Pandemic Emergency Purchase Programme*, PEPP) in den kommenden Monaten deutlich umfangreichere Käufe zu tätigen als zuletzt, um die Finanzierungsbedingungen im Euroraum weiterhin günstig zu halten. Die Leitzinsen wurden erwartungsgemäß nicht verändert. Bezuglich künftiger Zinsentscheidungen kommuniziert die EZB weiterhin, dass die Leitzinsen solange nicht angehoben werden, bis sich die Inflationsaussichten dem Ziel von knapp unter 2 % nähern und sich dies auch in der zugrundeliegenden Dynamik widerspiegelt.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit der Geldpolitik der EZB weitgehend konstant geblieben und notierten im Durchschnitt des ersten Quartals bei -0,5 %. Damit haben sie sich gegenüber dem Vorquartal nicht verändert und sind im Vergleich zum Vorjahresquartal um rund 15 Basispunkte gesunken. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut keine Veränderung der kurzfristigen Geldmarktzinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte damit in beiden Prognosejahren jeweils -0,5 % betragen.

Die Renditen von Staatsanleihen sind zuletzt leicht gestiegen. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren notierten im ersten Quartal des laufenden Jahres zu durchschnittlich  $-0,35\%$  bzw.  $-0,45\%$ . Dies bedeutet einen Anstieg der österreichischen und deutschen Renditen um rund 15 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal und einen Rückgang um etwa 20 Basispunkte der österreichischen Renditen bzw. eine weitgehende Konstanz der deutschen Renditen im Vergleich zum Vorjahresquartal.

**Abbildung 13: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland**



Quellen: Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hochhält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraumländer höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) der besonders stark von der Corona-Pandemie betroffenen Staaten weiteten sich im Frühjahr des letzten Jahres in Erwartung steigender Staatsschulden deutlich aus (siehe Abbildung 13). Die Ankündigung des EZB-Notfallprogramms gekoppelt mit anderen europäischen und nationalen Stützungsprogrammen konnte diesen Anstieg jedoch abfangen, und momentan liegen die Aufschläge unter den Vor-Corona-Niveaus. Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraumländern in der Prognoseperiode leicht ansteigt. Für die Jahre 2021 und 2022 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von  $-0,1\%$  bzw.  $0,0\%$  prognostiziert.

Im Durchschnitt des ersten Quartals 2021 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,21 USD/EUR. Damit hat der Euro verglichen mit dem Vor- bzw. Vorjahresquartal um rund 1 % bzw. 9 % an Wert gewonnen. Für die Jahre 2021 und 2022 werden durchschnittliche Jahreskurse von jeweils 1,20 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2021 und 2022 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um 5,2 % bzw. 4,4 % steigen. Die Spareinlagen dürften zunächst um 14,6 % wachsen<sup>3</sup> und danach weitgehend konstant bleiben (–0,3 %). Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 2,1 % bzw. 1,6 %.

---

<sup>3</sup> Dieses kräftige Wachstum der Spareinlagen ist zum allergrößten Teil auf eine Neuklassifikation von gewissen Produktgruppen (z. B. Online-Sparen) vom dritten auf das vierte Quartal 2020 zurückzuführen. Allein in diesem Zeitraum (viertes Quartal 2020 gegenüber drittem Quartal 2020) betrug das Wachstum der Spareinlagen 20,3 %.



## 6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,544 2,4%	368,820 2,6%	374,053 1,4%	349,401 -6,6%	358,420 2,6%	373,739 4,3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,341 3,3%	385,362 4,3%	397,575 3,2%	375,562 -5,5%	391,081 4,1%	414,711 6,0%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	100,000 2,3%	101,848 1,8%	102,725 0,9%	104,485 1,7%	106,289 1,7%	107,487 1,1%	109,113 1,5%	110,963 1,7%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	100,000 0,9%	100,900 0,9%	103,000 2,1%	105,100 2,0%	106,700 1,5%	108,200 1,4%	110,364 2,0%	112,461 1,9%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,455 2,1%	48,561 2,3%	49,281 1,5%	50,554 2,6%	51,846 2,6%	51,979 0,3%	52,499 1,0%	53,286 1,5%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3691,305 1,3%	3746,674 1,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	9,329 -0,597	8,476 -0,853

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
PRIVATER KONSUM	181,371 0,5%	184,174 1,5%	187,707 1,9%	189,750 1,1%	191,360 0,8%	173,061 -9,6%	180,729 4,4%	188,696 4,4%
ÖFFENTLICHER KONSUM	68,033 0,9%	69,282 1,8%	69,890 0,9%	70,701 1,2%	71,748 1,5%	72,925 1,6%	74,018 1,5%	74,389 0,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	78,138 2,3%	81,502 4,3%	84,859 4,1%	88,162 3,9%	91,678 4,0%	87,207 -4,9%	89,604 2,7%	94,013 4,9%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	3,791 1,1	4,113 1,2	4,446 1,2	5,765 1,6	2,938 0,8	1,840 0,5	1,840 0,5	2,340 0,6
INLANDSNACHFRAGE	331,356 1,2%	339,072 2,3%	347,643 2,5%	355,327 2,2%	359,232 1,1%	336,312 -6,4%	347,362 3,3%	360,677 3,8%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	12,913 3,8	12,046 3,4	11,842 3,3	13,463 3,7	14,824 4,0	12,996 3,7	11,007 3,1	13,012 3,5
BIP ZU MARKTPREISEN	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,544 2,4%	368,820 2,6%	374,053 1,4%	349,401 -6,6%	358,420 2,6%	373,739 4,3%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
PRIVATER KONSUM	0,261	0,814	1,003	0,571	0,441	-4,944	2,217	2,256
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,174	0,363	0,173	0,226	0,286	0,319	0,320	0,105
BRUTTOINVESTITIONEN	0,763	1,063	1,057	1,313	0,194	-1,500	0,681	1,380
ANLAGEINVESTITIONEN	0,522	0,977	0,951	0,920	0,957	-1,204	0,695	1,251
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,163	0,094	0,094	0,359	-0,765	-0,294	0,000	-0,021
EXPORTE I.W.S.	1,628	1,586	2,567	2,999	1,639	-5,770	3,576	3,929
WAREN DIENSTLEISTUNGEN	1,187 0,441	1,071 0,515	1,806 0,761	2,037 0,963	0,835 0,804	-2,665 -3,105	2,902 0,674	1,562 2,367
IMPORTE I.W.S.	-1,819	-1,838	-2,598	-2,560	-1,283	5,345	-4,102	-3,412
WAREN DIENSTLEISTUNGEN	-1,567 -0,253	-1,336 -0,502	-1,572 -1,026	-1,435 -1,125	-0,415 -0,868	2,795 2,550	-3,065 -1,037	-1,533 -1,879
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,015	1,989	2,400	2,580	1,419	-6,590	2,581	4,274

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
HAUSHALTSSPARQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,7 -0,6	7,8 1,1	7,5 -0,4	7,8 0,4	8,2 0,4	14,5 6,3	10,3 -4,2	8,3 -2,0
INVESTITIONSSQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	22,7 0,0	23,1 0,4	23,6 0,5	24,0 0,4	24,7 0,7	25,3 0,6	25,4 0,2	25,7 0,2
REALZINSSATZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,55 -0,86	-1,48 0,08	-0,30 1,18	-1,02 -0,72	-1,69 -0,66	-1,41 0,27	-1,65 -0,24	-1,69 -0,03
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	100,00 0,8%	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,47 1,4%	110,75 2,1%	112,85 1,9%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,455 0,6%	47,860 0,9%	47,700 -0,3%	47,942 0,5%	48,292 0,7%	47,956 -0,7%	47,486 -1,0%	47,299 -0,4%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9,982 0,0%	10,025 0,4%	10,063 0,4%	10,074 0,1%	10,055 -0,2%	9,589 -4,6%	9,710 1,3%	9,975 2,7%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	125,034 2,0%	127,404 1,9%	128,811 1,1%	131,988 2,5%	135,617 2,7%	142,579 5,1%	142,206 -0,3%	140,499 -1,2%
ARBEITSLOSENQUOTE EUROSTAT DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	5,7 0,1	6,0 0,3	5,5 -0,5	4,9 -0,6	4,5 -0,4	5,4 0,9	5,3 -0,1	5,0 -0,3
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP) ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,0 1,7	-1,5 -0,5	-0,8 0,7	0,2 1,0	0,7 0,5	-10,4 -11,1	-6,6 3,7	-3,5 3,2

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	173,921 1,7%	179,350 3,1%	185,981 3,7%	191,708 3,1%	196,752 2,6%	179,201 -8,9%	191,010 6,6%	203,398 6,5%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,450 7,1%	7,542 1,2%	7,933 5,2%	8,370 5,5%	8,791 5,0%	8,701 -1,0%	9,142 5,1%	9,558 4,6%
ÖFFENTLICHER KONSUM	68,033 3,1%	70,274 3,3%	71,986 2,4%	74,506 3,5%	77,321 3,8%	80,076 3,6%	82,293 2,8%	83,945 2,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	81,955 4,5%	86,743 5,8%	91,729 5,7%	98,434 7,3%	101,267 2,9%	94,616 -6,6%	99,155 4,8%	106,077 7,0%
AUSRÜSTUNGSGEWESEN	41,719 5,1%	45,366 8,7%	48,194 6,2%	50,764 5,3%	53,707 5,8%	50,746 -5,5%	53,048 4,5%	57,228 7,9%
BAUINVESTITIONEN	36,419 1,8%	37,228 2,2%	39,065 4,9%	41,662 6,6%	44,429 6,6%	44,180 -0,6%	46,415 5,1%	49,242 6,1%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,003 -0,001	0,000 0,003	0,029 0,029	-0,262 -0,291	0,041 0,302	-1,202 -1,243	-1,035 0,167	-1,020 0,015
INLANDSNACHFRAGE	331,356 2,8%	343,909 3,8%	357,658 4,0%	372,756 4,2%	384,171 3,1%	361,393 -5,9%	380,565 5,3%	401,958 5,6%
EXPORTE I.W.S.	182,769 2,8%	187,409 2,5%	199,643 6,5%	214,612 7,5%	220,955 3,0%	197,633 -10,6%	212,993 7,8%	231,076 8,5%
IMPORTE I.W.S.	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,006 7,5%	207,551 2,7%	183,464 -11,6%	202,477 10,4%	218,323 7,8%
BIP ZU MARKTPREISEN	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,341 3,3%	385,362 4,3%	397,575 3,2%	375,562 -5,5%	391,081 4,1%	414,711 6,0%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	173,921 0,3%	176,761 1,6%	180,014 1,8%	181,805 1,0%	183,262 0,8%	165,330 -9,8%	172,770 4,5%	180,544 4,5%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,450 5,1%	7,413 -0,5%	7,692 3,8%	7,945 3,3%	8,098 1,9%	7,727 -4,6%	7,959 3,0%	8,158 2,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	68,033 0,9%	69,282 1,8%	69,890 0,9%	70,701 1,2%	71,748 1,5%	72,925 1,6%	74,018 1,5%	74,389 0,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	81,955 3,2%	85,616 4,5%	89,348 4,4%	94,071 5,3%	94,786 0,8%	89,204 -5,9%	91,615 2,7%	96,601 5,4%
AUSRÜSTUNGSGESETZ	41,719 4,2%	44,965 7,8%	47,396 5,4%	49,361 4,1%	51,470 4,3%	48,302 -6,2%	49,944 3,4%	53,240 6,6%
BAUINVESTITIONEN	36,419 0,1%	36,538 0,3%	37,469 2,5%	38,810 3,6%	40,223 3,6%	38,884 -3,3%	39,661 2,0%	40,851 3,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,003 -0,049	0,002 0,005	0,757 0,755	0,836 0,079	1,335 0,499	1,220 -0,115	1,050 -0,170	1,035 -0,015
INLANDSNACHFRAGE	331,356 1,2%	339,072 2,3%	347,643 2,5%	355,327 2,2%	359,232 1,1%	336,312 -6,4%	347,362 3,3%	360,677 3,8%
EXPORTE I.W.S.	182,769 3,0%	188,231 3,0%	197,451 4,9%	208,407 5,5%	214,539 2,9%	192,264 -10,4%	205,330 6,8%	220,142 7,2%
IMPORTE I.W.S.	169,856 3,6%	176,185 3,7%	185,609 5,3%	194,944 5,0%	199,716 2,4%	179,268 -10,2%	194,323 8,4%	207,129 6,6%
BIP ZU MARKTPREISEN	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,544 2,4%	368,820 2,6%	374,053 1,4%	349,401 -6,6%	358,420 2,6%	373,739 4,3%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	100,000 1,4%	101,465 1,5%	103,315 1,8%	105,447 2,1%	107,361 1,8%	108,390 1,0%	110,558 2,0%	112,658 1,9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	100,000 2,2%	101,432 1,4%	102,999 1,5%	105,382 2,3%	107,768 2,3%	109,807 1,9%	111,179 1,3%	112,847 1,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	100,000 1,2%	101,340 1,3%	102,828 1,5%	104,837 2,0%	107,044 2,1%	108,851 1,7%	111,003 2,0%	113,251 2,0%
AUSRÜSTUNGSGEWINVESTITIONEN	100,000 0,8%	100,893 0,9%	101,684 0,8%	102,843 1,1%	104,347 1,5%	105,060 0,7%	106,215 1,1%	107,490 1,2%
BAUINVESTITIONEN	100,000 1,6%	101,889 1,9%	104,260 2,3%	107,350 3,0%	110,456 2,9%	113,621 2,9%	117,030 3,0%	120,541 3,0%
INLANDSNACHFRAGE	100,000 1,6%	101,426 1,4%	102,881 1,4%	104,905 2,0%	106,942 1,9%	107,458 0,5%	109,559 2,0%	111,445 1,7%
EXPORTE I.W.S.	100,000 -0,3%	99,564 -0,4%	101,110 1,6%	102,977 1,8%	102,990 0,0%	102,792 -0,2%	103,732 0,9%	104,967 1,2%
IMPORTE I.W.S.	100,000 -1,8%	98,596 -1,4%	101,267 2,7%	103,622 2,3%	103,923 0,3%	102,340 -1,5%	104,196 1,8%	105,405 1,2%
BIP ZU MARKTPREISEN	100,000 2,3%	101,848 1,8%	102,725 0,9%	104,485 1,7%	106,289 1,7%	107,487 1,1%	109,113 1,5%	110,963 1,7%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
WARENEXPORTE	129,184 2,4%	131,524 1,8%	140,058 6,5%	150,278 7,3%	152,545 1,5%	140,647 -7,8%	152,684 8,6%	160,379 5,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	38,630 2,9%	40,354 4,5%	43,292 7,3%	46,882 8,3%	50,088 6,8%	45,695 -8,8%	50,314 10,1%	52,857 5,1%
REISEVERKEHR	14,956 5,3%	15,532 3,8%	16,293 4,9%	17,451 7,1%	18,322 5,0%	11,291 -38,4%	9,995 -11,5%	17,841 78,5%
EXPORTE I.W.S.	182,769 2,8%	187,409 2,5%	199,643 6,5%	214,612 7,5%	220,955 3,0%	197,633 -10,6%	212,993 7,8%	231,076 8,5%
WARENIMPORTE	126,855 1,3%	128,855 1,6%	138,912 7,8%	148,110 6,6%	149,496 0,9%	135,418 -9,4%	149,867 10,7%	157,420 5,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	35,523 3,2%	37,049 4,3%	40,492 9,3%	44,564 10,1%	48,485 8,8%	45,084 -7,0%	48,843 8,3%	51,683 5,8%
REISEVERKEHR	7,478 1,8%	7,806 4,4%	8,556 9,6%	9,332 9,1%	9,570 2,6%	2,961 -69,1%	3,766 27,2%	9,220 144,8%
IMPORTE I.W.S.	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,006 7,5%	207,551 2,7%	183,464 -11,6%	202,477 10,4%	218,323 7,8%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
WARENEXPORTE	129,184 3,1%	132,871 2,9%	139,395 4,9%	146,881 5,4%	150,026 2,1%	139,605 -6,9%	150,424 7,8%	156,441 4,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	38,630 2,4%	40,052 3,7%	42,356 5,8%	45,175 6,7%	47,646 5,5%	42,784 -10,2%	46,527 8,8%	48,156 3,5%
REISEVERKEHR	14,956 4,0%	15,308 2,4%	15,703 2,6%	16,353 4,1%	16,853 3,1%	10,198 -39,5%	8,872 -13,0%	15,526 75,0%
EXPORTE I.W.S.	182,769 3,0%	188,231 3,0%	197,451 4,9%	208,407 5,5%	214,539 2,9%	192,264 -10,4%	205,330 6,8%	220,142 7,2%
WARENIMPORTE	126,855 4,2%	131,455 3,6%	137,189 4,4%	142,424 3,8%	143,962 1,1%	133,261 -7,4%	144,589 8,5%	150,372 4,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	35,523 2,3%	37,052 4,3%	39,999 8,0%	43,382 8,5%	46,636 7,5%	43,291 -7,2%	46,322 7,0%	48,290 4,3%
REISEVERKEHR	7,478 0,6%	7,678 2,7%	8,390 9,3%	9,105 8,5%	9,106 0,0%	2,768 -69,6%	3,459 25,0%	8,303 140,0%
IMPORTE I.W.S.	169,856 3,6%	176,185 3,7%	185,609 5,3%	194,944 5,0%	199,716 2,4%	179,268 -10,2%	194,323 8,4%	207,129 6,6%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
WARENEXPORTE	100,000 -0,7%	98,987 -1,0%	100,476 1,5%	102,313 1,8%	101,679 -0,6%	100,746 -0,9%	101,502 0,8%	102,517 1,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000 0,5%	100,754 0,8%	102,210 1,4%	103,780 1,5%	105,125 1,3%	106,804 1,6%	108,139 1,3%	109,761 1,5%
REISEVERKEHR	100,000 1,2%	101,459 1,5%	103,756 2,3%	106,715 2,9%	108,718 1,9%	110,715 1,8%	112,653 1,8%	114,906 2,0%
EXPORTE I.W.S.	100,000 -0,3%	99,564 -0,4%	101,110 1,6%	102,977 1,8%	102,990 0,0%	102,792 -0,2%	103,732 0,9%	104,967 1,2%
WARENIMPORTE	100,000 -2,7%	98,023 -2,0%	101,255 3,3%	103,993 2,7%	103,844 -0,1%	101,618 -2,1%	103,651 2,0%	104,687 1,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000 0,9%	99,992 0,0%	101,233 1,2%	102,726 1,5%	103,964 1,2%	104,142 0,2%	105,444 1,3%	107,026 1,5%
REISEVERKEHR	100,000 1,2%	101,665 1,7%	101,978 0,3%	102,489 0,5%	105,095 2,5%	107,000 1,8%	108,873 1,8%	111,050 2,0%
IMPORTE I.W.S.	100,000 -1,8%	98,596 -1,4%	101,267 2,7%	103,622 2,3%	103,923 0,3%	102,340 -1,5%	104,196 1,8%	105,405 1,2%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100,000 1,6%	100,982 1,0%	99,845 -1,1%	99,377 -0,5%	99,102 -0,3%	100,442 1,4%	99,555 -0,9%	99,585 0,0%
TERMS OF TRADE, GÜTER	100,000 2,1%	100,983 1,0%	99,230 -1,7%	98,385 -0,9%	97,916 -0,5%	99,142 1,3%	97,927 -1,2%	97,927 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
IMPORTQUOTE, GESAMT <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	49,338 -0,779	48,576 -0,763	50,891 2,315	52,420 1,529	52,204 -0,216	48,850 -3,354	51,774 2,923	52,645 0,871
IMPORTQUOTE, GÜTER <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	36,848 -0,732	36,033 -0,815	37,611 1,578	38,434 0,823	37,602 -0,832	36,057 -1,544	38,321 2,264	37,959 -0,362
EXPORTQUOTE, GESAMT <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	53,089 -0,298	52,406 -0,683	54,054 1,647	55,691 1,637	55,576 -0,115	52,623 -2,952	54,463 1,839	55,720 1,257
EXPORTQUOTE, GÜTER <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	37,524 -0,330	36,779 -0,745	37,921 1,142	38,997 1,076	38,369 -0,628	37,450 -0,919	39,041 1,592	38,673 -0,369

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5554,650 0,9%	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5631,117 0,0%	5633,895 0,0%	5627,233 -0,1%	5612,545 -0,3%
ERWERBSQUOTE	78,662 0,9%	78,988 0,4%	79,815 1,0%	80,856 1,3%	81,624 1,0%	82,016 0,5%	82,508 0,6%	83,201 0,8%
ERWERBSPERSONEN	4369,385 1,8%	4432,984 1,5%	4490,172 1,3%	4552,091 1,4%	4596,332 1,0%	4620,703 0,5%	4642,931 0,5%	4669,711 0,6%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3657,227 0,9%	3679,503 0,6%	3692,309 0,3%	3703,340 0,3%	3700,481 -0,1%	3702,722 0,1%	3697,410 -0,1%	3693,461 -0,1%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS-KRÄFTEANGEBOT	712,158 6,4%	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,5%	917,981 2,5%	945,520 3,0%	976,249 3,3%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	480,200 2,0%	488,800 1,8%	494,900 1,2%	498,500 0,7%	497,700 -0,2%	493,900 -0,8%	493,900 0,0%	498,839 1,0%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3889,185 1,7%	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4149,031 0,5%	4170,872 0,5%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3691,305 1,3%	3746,674 1,5%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	86,109 -2,0%	84,440 -1,9%	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,667 -3,5%	70,667 0,0%
ARBEITSLOSE	354,332 11,0%	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	387,059 -5,5%	353,530 -8,7%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	9,329 -0,597	8,476 -0,853

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	163,661 3,1%	170,081 3,9%	176,086 3,5%	185,084 5,1%	192,871 4,2%	189,408 -1,8%	193,789 2,3%	199,647 3,0%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	135,955 3,1%	142,151 4,6%	146,668 3,2%	153,046 4,3%	155,832 1,8%	154,358 -0,9%	154,368 0,0%	169,995 10,1%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	44,653 5,2%	45,376 1,6%	46,587 2,7%	47,232 1,4%	48,873 3,5%	31,795 -34,9%	42,923 35,0%	45,069 5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,341 3,3%	385,362 4,3%	397,575 3,2%	375,562 -5,5%	391,081 4,1%	414,711 6,0%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,390 -872,2%	-0,027 -99,2%	-3,463 12754,7%	-3,506 1,2%	1,983 -156,6%	-0,850 -142,9%	-0,867 2,0%	-0,884 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	61,605 2,8%	63,753 3,5%	66,273 4,0%	69,369 4,7%	72,722 4,3%	75,631 4,3%	78,467 3,8%	81,410 3,8%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	279,275 2,1%	293,828 5,2%	299,604 2,0%	312,487 4,3%	326,836 4,6%	299,081 -8,5%	311,747 4,2%	332,417 6,6%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,146 1,1%	-3,446 9,5%	-2,682 -22,2%	-3,714 38,5%	-3,479 -6,4%	-2,975 -14,5%	-3,064 3,0%	-3,156 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	276,128 2,1%	290,382 5,2%	296,922 2,3%	308,772 4,0%	323,357 4,7%	296,106 -8,4%	308,682 4,2%	329,260 6,7%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	318,657 4,4%	332,764 4,4%	346,681 4,2%	362,125 4,5%	375,397 3,7%	399,604 6,4%	420,383 5,2%	438,880 4,4%
DAVON SPAREINLAGEN	147,147 -1,9%	145,707 -1,0%	147,435 1,2%	152,784 3,6%	153,490 0,5%	160,649 4,7%	184,104 14,6%	183,552 -0,3%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	323,817 1,3%	328,388 1,4%	331,592 1,0%	342,859 3,4%	359,089 4,7%	374,486 4,3%	382,350 2,1%	388,468 1,6%
EURIBOR 3M	-0,02	-0,26	-0,33	-0,32	-0,36	-0,43	-0,53	-0,48
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,23	-0,24	-0,07	0,01	-0,04	-0,07	-0,10	0,05
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	0,75	0,37	0,56	0,69	0,05	-0,28	-0,14	0,01
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,73	-0,38	0,19	0,13	-0,64	-0,33	0,14	0,15

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
USD/EUR	1,11 -16,5%	1,11 -0,4%	1,13 2,2%	1,18 4,5%	1,12 -5,2%	1,14 1,8%	1,20 5,3%	1,20 0,0%
GBP/EUR	0,73 -9,9%	0,82 12,7%	0,88 7,0%	0,89 1,0%	0,88 -0,6%	0,89 1,1%	0,87 -2,2%	0,88 1,1%
YEN/EUR	134,35 -4,3%	120,33 -10,4%	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,80 -0,2%	129,05 6,0%	128,41 -0,5%
CHF/EUR	1,07 -12,0%	1,09 2,0%	1,11 2,0%	1,16 3,9%	1,11 -3,9%	1,07 -3,6%	1,10 2,8%	1,08 -1,8%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
STATISTISCHER ÜBERHANG <sup>1</sup>	0,2%	0,4%	1,1%	0,7%	0,9%	-0,3%	0,6%	2,9%
JAHRESVERLAUFSRATE <sup>2</sup>	1,1%	2,7%	2,1%	2,7%	0,2%	-5,9%	4,9%	2,1%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE <sup>3</sup>	1,0%	2,0%	2,4%	2,6%	1,4%	-6,6%	2,6%	4,3%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)